



medico international

# rundschreiben

## 04 | 10

[www.medico.de](http://www.medico.de)

---



## Inhalt

Editorial.....	2
Kommentar .....	4
Interview mit Jean Ziegler.....	6
Israel / Palästina .....	9
Bangladesch.....	16
Projekte – Projektionen.....	20
Pakistan.....	22
Westсахara .....	28
Mali .....	30
Haiti .....	33
medico aktiv .....	42
20 Jahre Minenkampagne .....	44
medico Materialliste .....	48
Service/Impressum .....	50

**Titelbild:** Eine Frau berührt mit ihrer Hand eine erdbebengeschädigte Wand in Port-Au-Prince, Haiti. Naturereignisse werden zu Naturkatastrophen, wenn Armut im Spiel ist. „Das globale Katastrophenrisiko ist in armen Ländern mit schwachen Regierungen am höchsten“, lautet eine zentrale Schlussfolgerung des Global Assessment Report 2009 der Vereinten Nationen. Foto: Reuters

## Liebe Leserinnen und Leser,

man soll nicht das Ende einer Geschichte verraten, daran halte ich mich selbstverständlich. Aber ich empfehle Ihnen: Lesen Sie den Text von Tsafrir Cohen über seine Erfahrungen der vergangenen drei Jahre als medico-Repräsentant in der palästinensischen Stadt Ramallah wirklich bis zum letzten Satz. Es wird Ihnen gut tun. Wir alle brauchen in diesen herbstlich dunklen Zeiten eine Geschichte mit einem solchen Ende.

Keine Angst, bei medico ist nicht kurz vor Weihnachten die Sehnsucht nach Kitsch ausgebrochen. Aber dies war ein langes Jahr der großen sichtbaren Katastrophen, die auch unsere Arbeitskapazitäten und unsere emotionale Kraft vollends ausgeschöpft haben. Tsafrir Cohens Geschichte ist ein Appell, die Fähigkeit zur Mitmenschlichkeit, zur Solidarität und zum Wagemut, sich schwierigen Konflikten zu stellen, nicht aufzugeben. Auch dann, wenn es paradox erscheint, auf Veränderung zum Besseren und Gerechten zu hoffen.

Das Erdbeben von Haiti und die Flut in Pakistan haben uns allen ins Gedächtnis gerufen, unter welchen unerträglichen Bedingungen Millionen von Menschen leben müssen. Die Cholera in Haiti ist nun das Menetekel auf diesen Umstand. Da fragt man sich manchmal, was noch hilft. Ähnlich wie in Israel-Palästina kann es für medico nur bedeuten, sich ins Handgemenge zu begeben, es zu verstehen und darin Akteure zu unterstüt-



zen, die im Sinne von Emanzipation und Menschenrechten handeln können. Uli Mercker, der im vorletzten Heft eine Einführung in die Geschichte Haitis lieferte, ohne die das Heute nicht zu verstehen ist, war im Oktober in Haiti. Noch vor Ausbruch der Cholera. Sein Bericht ist erneut eine Hilfe, um das anhaltende Unglück dieses Landes zu verstehen.

An einem Ort, den manche für verloren halten, unterstützen wir seit einigen Jahren die Migranten-Organisation AME. Mit einer erstaunlichen Kraft organisieren diese malischen Weltenwanderer ihre Hilfe für Deportierte und ihren Anspruch auf politische Teilhabe. Judith Kopp berichtet von einem Treffen der malischen Zivilgesellschaft, organisiert von der AME. Das Erstaunliche ist, dass unsere malischen Kollegen die Niederlage ihrer Ausweisung aus europäischen oder afrikanischen Ländern in die Fähigkeit verwandelt haben, soziale Netze gemeinsa-

men Handelns zu schmieden. Nun auch über ihr eigenes Anliegen hinaus.

Am Ende dieses Heftes wirft Thomas Gebauer einen Rückblick auf 20 Jahre Kampagne zur Ächtung der Landminen. Viele von Ihnen wissen, dass medico zu den Initiatoren dieser Kampagne gehörte. Beim Nachdenken über das, was war, steht eine eminent zukunftsweisende Frage zur Debatte: Kann sich eine globale Öffentlichkeit bilden, die in der Lage ist das Gemeinwohl gegen partikulare (Wirtschafts-) Interessen zu stellen und zu stärken. Die Landminen-Kampagne ist ein Beispiel für erfolgreiche politische Vernetzung im Globalen. Daran, dass dieses Beispiel Schule macht, arbeiten wir.

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen für das Jahr 2011

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Hauer'.

# Öffentlichkeit und Demokra

Von Thomas Gebauer

**D**emokratie bedarf der Öffentlichkeit. Ohne einen öffentlichen Raum, wo aus privaten Ansichten begründete Urteile werden, wo Interessenkonflikte ausgetragen und politische Entscheidungen getroffen werden können, gibt es keine Demokratie. Gesellschaften, denen der öffentliche Raum abhanden kommt, verwandeln sich in totalitäre Gesellschaften. Und so ist Öffentlichkeit nicht irgendeine Begleiterscheinung von Demokratie; sie ist der Ort, an dem Demokratie sich konstituiert.

Auf bedenkliche Weise aber ist die Entwicklung in den zurückliegenden Jahrzehnten in die entgegengesetzte Richtung gegangen: in Richtung totalitärer Verhältnisse. Dabei ist der Totalitarismus, der sich breitgemacht hat, keiner, der eines starken Führers bedürfte. Der gegenwärtige Totalitarismus gründet seine Macht nicht alleine auf Formen staatlicher Einschüchterung, sondern umgibt sich gerade mit Expertenwissen und der Aura öffentlicher Erörterung. Er predigt Demokratie und Parlamentarismus und tut doch zugleich alles, um deren Grundfesten umzuwerfen. Der US-amerikanische Soziologe Sheldon Wolin sprach von einem „umgekehrten Totalitarismus“: einem, der sich in der Anonymität eines von machtvollen Verbänden und Interessengruppen kontrollierten Staates entwickelt hat.

Schon beim morgendlichen Blick in die Zeitung ist zu verstehen, was damit gemeint ist. Unter Umgehung demokratischer Willensbildung bestimmen Energiekonzerne die Richtlinien der Politik, diktieren Pharnalobbyisten Gesetzestexte und „schönen“ Bürokraten profitträchtige Großprojekte bereits bei ihrer Planung so, dass sie gegen vernunftgeleitete Einwände möglichst unangreifbar werden. Solche Verhältnisse sind nicht neu; sie erinnern an die von Max Horkheimer beschriebenen „Rackets“, mit denen er jene „verschworenen Cliquen“ aus Managern, Politikern und Regierungsbeamten meinte, die sich nach außen abschotten und mit Methoden des organisierten Verbrechens den Rest der Gesellschaft dominieren.

Dass die Aushöhlung der demokratischen Institutionen bislang weitgehend widerspruchslos hingenommen wurde, ist nicht zuletzt einer vom Boulevard dominierten Medienwelt geschuldet. Statt aufklärende Debatten über brennende Fragen der Zeit zu organisieren, sorgt sie für Ablenkung. Statt Förderung politischer Kompetenz geht es um eine Berieselung mit „junk politics“, deren Ziel es einzig ist, dass alles so bleibt, wie es ist. Was Wunder, dass sich die fatale Botschaft, zur Herrschaft der ökonomischen Sachzwänge gebe es keine Alternative, tief ins Bewusstsein vieler Menschen, ja selbst ins Denken von Intellektuellen eingegraben hat. Dabei hat sich ein antiutopischer Pragmatismus herausgebildet, dem theoretische Analysen ebenso überflüssig erscheinen,

*„Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“*

*Walter Benjamin*

wie die Abschätzung von Langzeitwirkungen. Nicht die systematische Produktion von Armut und Hunger gilt als verwerflich, sondern der kritische Einspruch, der als „theoretische Debatte“ abgetan wird.

Es ist gut, dass die erschreckende ideologische Uniformität, die maßgeblich zur Anonymisierung von Herrschaft beigetragen hat, im Zuge der Finanzkrise erschüttert wurde. Die ungerechte Lastenteilung, die wachsenden Einkommensunterschiede, die Selbstgefälligkeit der Eliten und eine Politik, deren Angebote an Beliebigkeit kaum noch zu überbieten sind, haben das öffentliche Unbehagen an den Institutionen des Staates stark anwachsen lassen. Es ist die Bürgergesellschaft selbst, die sich radikalisiert und dabei vor jener fast unlösbaren Aufgabe steht, die schon Theodor W. Adorno beschäftigt hat, nämlich sich „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen“.

Die politischen Herausforderungen, sind groß, deutlich größer als die Frage, wie in Stuttgart ein unsinniges „Bahnhofsprojekt“ oder im Wendland Castor-Transporte verhindert werden können. Wer sich den Blick für die Verhältnisse nicht verstellen lässt, erkennt, dass „Stuttgart 21“ dem gleichen Kalkül folgt, das auch hinter dem skandalösen „Hartz IV“-Beschluss steht, die Einführung der „Kopfpauschale“ antreibt, den Studierenden das „Bologna-Studium“ brachte und letztlich auch für die EU-Agrarsubventionen verantwortlich ist, die afrikanischen Kleinbauern systematisch die Lebensgrundlagen raubt: die Sicherung der Rendite privater Kapitalanleger.

Es ist gut, dass die Stuttgarter Proteste über Stuttgart hinaus Resonanz gefunden haben. Viele, die sich für lange Zeit ins Private zurückgezogen hatten, engagieren sich heute wieder öffentlich. Eine Chance auf nachhaltige Veränderung aber besteht nur dann, wenn sich öffentliches Engagement – dem erreichten Globalisierungsgrad entsprechend – von einer globalen Perspektive leiten lässt. Solange sich der Einspruch gegen die Atomenergie auf Deutschland konzentriert, bleibt er auch dort begrenzt; und solange die Armut in Deutschland wächst, gelingt auch ihre globale Bekämpfung nicht.

Öffentlichkeit, die sich den heutigen Problemen stellen will, muss sich als transnationale Öffentlichkeit neu konstituieren. So sehr sich die Lebensumstände der Stuttgarter Bürgergesellschaft von denen afrikanischer Migrantinnen und Migranten unterscheiden mögen, gibt es unterdessen doch eine alle verbindende gemeinsame Sprache. Es ist die „Sprache der Menschenrechte“: das Drängen auf eine emanzipierte Gesellschaft, die nicht den Einheitsstaat meint, sondern, so Adorno, „die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenz“. ■

# Die Kraft des verwundeten Ged

Ein Interview mit Jean Ziegler über Wiedergutmachung, die Bewusstseins und das Legitimationsproblem der herrschende



Gegen die Refeudalisierung der Hochschule. Jean Ziegler spricht vor streikenden Studierenden im vollbesetzten Audimax der Wiener Universität am 29.11.2009. Foto: Tsui

**D**er Schweizer Soziologe Jean Ziegler, bis 2008 Sonderbotschafter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, jetzt Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrates, ist wie kaum ein Zweiter Fürsprecher der Erniedrigten und Ausgegrenzten des Südens. Der emeritierte Professor aus Genf ist selbst ein wandelndes Gedächtnis der Befreiungsbemühungen weltweit. Er hat auch dann nicht aufgehört, an die Verbrechen des Kolonialismus und der Sklaverei zu erinnern, als andere meinten, mit „dem Ende der Geschichte“ seien auch diese Geschichten pure Nostalgie. In seinem jüngsten Buch, „Der Hass auf den Westen“, beschäftigt sich Ziegler mit der feh-

lenden ideellen und materiellen Reparation durch den Westen für die begangenen Verbrechen.

Eingangs unseres Gesprächs unterhalten wir uns kurz über Haiti, das Jean Ziegler sehr gut kennt. Zwischen Haiti und der angrenzenden Dominikanischen Republik liegen für ihn riesige Unterschiede: „Tourismuszirkus“ auf der einen und ein selbstbewusstes Volk mit kollektivem Gedächtnis auf der anderen Seite.

**Warum ist Präsident Aristide, der 2004 gestürzt wurde, in Haiti gescheitert?**

Jean Ziegler: Das hat mit seiner Forderung nach der Rückgabe der 150 Millio-

# ächtnisses

## Renaissance des politischen Eliten

nen Gold-Franken zu tun, die Haiti nach seiner Befreiung 1803 an französische Sklavenhalter bis 1883 zahlen musste. Aristide hatte die Rückgabe auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban 2001 gefordert und eine Welle von Wiedergutmachungsforderungen für die erlittenen Schäden durch Sklaverei und Kolonialismus ausgelöst. Als Europäer kann man sich nicht vorstellen, was es bedeutete, dies auszusprechen. Der französische Geheimdienst hat nach diesem Auftritt Aristides Sturz maßgeblich betrieben.

### Warum nimmt der Westen keine der Wiedergutmachungsforderungen an?

Weil die Herrschaftseliten in einem blinden Herrschaftsgedächtnis verhaftet sind. „Sie haben zwar den Kolonialhelm abgenommen“, wie Régis Debray sagte, „Darunter ist der Kopf kolonialistisch geblieben.“ Der ehemalige französische Außenminister Kouchner hat noch im Juni dieses Jahres geäußert, dass sich die Beziehungen zu Algerien erst normalisieren würden, wenn endlich die Generation des Aufstandes verschwunden sei. Frankreich hat Algerien bis heute den Sieg vom 2. Juni 1962, über die französische Armee und damit den Beginn der Entkolonialisierung von ganz Afrika, nicht verziehen. Das Verlangen nach Entschädigung und Entschuldigung ist heute viel stärker. Ein Beispiel: Im Dezember 2007

kam der französische Präsident Sarkozy zum ersten Mal nach Algerien, um Erdölverträge auszuhandeln. Vor den Verhandlungen stand Präsident Bouteflika auf und verlangte eine Entschuldigung für die Massaker von Setif. Damals wurden im Mai 1945 von der französischen Fremdenlegion 45.000 unbewaffnete Menschen ermordet und schwerst verletzt. Sarkozy entgegnete Bouteflika wörtlich: „Ich bin nicht der Nostalgie wegen hier.“ Replik von Bouteflika: „Das Gedächtnis vor den Geschäften.“ Es gab keine Verhandlungen. Sie sind bis heute ausgesetzt. Das ist radikal neu.

Zum ersten Mal seit 500 Jahren gibt es einen indianischen Präsidenten in Bolivien. Nicht einen als Indianer verkleideten Linksinтеллектуellen aus La Paz, sondern einen Coca-Bauer aus dem Volk der Aimara. Vor der Wahl von Evo Morales sah man in Bolivien die Aimara, die Quechua, die Moxo, die Guarani mit ihren Hüten sitzen und hatte den Eindruck, dass es sich um passive, aus der eigenen Geschichte geworfene Völker handelt. Aber genau sie sind im Wasserkrieg aufgestanden. Der damalige Präsident musste das Land verlassen und Evo Morales wurde gewählt. In den ersten sechs Monaten seiner Amtszeit von Januar bis Juni 2006 hat er 221 Minen, Erdöl- und Gasvorkommen, bislang in der Hand multinationaler Konzerne, enteignet und in Dienstleistungsgesellschaften umgewandelt. Er holte sich norwegische Buchhalter, die aus Erfahrung wissen, wie man Rohstoffreichtum für das Allgemeinwohl umverteilt. Sie haben ihm vorgeschlagen den internationalen Konzernen 18 Prozent Anteil zu überlassen, damit sie als Dienstleistungskonzerne weitermachen. 82 Prozent der Anteile sind jedoch staatlich. 221 Gesellschaften

haben das unterschrieben. Mit den Milliarden aus diesen Einkünften macht Morales aus Bolivien ein blühendes Land. Das verwundete Gedächtnis hat auf unglaubliche Weise das politische Bewusstsein wieder erweckt und eine Widerstandsbewegung ins Leben gerufen. Dieses Bewusstsein bricht mit der kanibalen Weltordnung und schafft jetzt souveräne Nationen, die auf Augenhöhe mit den Konzernen reden können.

**Nun wird auch der Boden zum Spekulationsobjekt. Sind Sie nicht ein wenig optimistisch?**

Die neoliberale Wahnidee ist so gefährlich, weil sie eine richtige und falsche Aussage miteinander verbindet. Nach dem Zusammenbruch der Bipolarität hat der kapitalistische Produktionsmodus wie ein Buschfeuer die Welt erobert und eine einheitliche Regulationsinstanz geschaffen: den Weltmarkt. Richtig ist, dass diese totale Liberalisierung eine unglaubliche Produktivitätssteigerung erwirkt hat. In den ersten zehn Jahren hat sich das Bruttoweltprodukt verdoppelt. Der Welthandel hat sich verdreifacht. Der Energiekonsum verdoppelt sich alle vier Jahre. Aber gleichzeitig sind unglaubliche Reichtümer in den Händen weniger planetarischer Oligarchien geschaffen worden. Die 500 größten Konzerne der Welt kontrollieren gemäß der Weltbank 53 Prozent des Weltbruttosozialprodukts. Noch nie sind so viele Menschen an Hunger gestorben, noch nie war der Planet so zerstört, noch nie war der Staat in seiner normsetzenden Macht so geschwächt und noch nie war die Stellung der supranationalen Organisationen so schlecht. Alle 5 Sekunden verhungert ein Kind unter 10 Jahren.

**Wo sehen sie politische Räume für eine Gegenöffentlichkeit?**

Als die Subproletarier der Vorstädte am 14. Juli 1789 die Bastille in Paris stürmten, wussten sie nicht, dass sie eine weltverändernde Revolution in Gang setzen würden. Sie kennen doch das Gedicht von Antonio Machado: *Caminante, no hay camino, se hace el camino al andar.* (Wanderer, es gibt keinen Weg, den Weg machen deine Füße selber).

Die Radikalnegation der mörderischen Strukturen – das ist die entscheidende Auseinandersetzung. Ich weiß, was ich nicht will: keine Konzerndiktatur; keinen Biosprit, der Hunderte Millionen von Tonnen Nahrungsmittel verbrennt, während Menschen hungern; keine mörderischen Strukturanpassungsprogramme des Weltwährungsfonds.

Die Herrschaftsklassen sind argumentativ sehr schwach. Man muss eine Legitimationstheorie haben, um Herrschaft auszuüben. Der neoliberale Wahnsinn, der Ethnozentrismus, die rassistischen und kolonialen Verbrechen delegitimieren die westlichen Herrschaftsklassen. Es muss eine Entschädigung geben, nicht technische Hilfe, sondern Wiedergutmachung. Das dringt in das Gedächtnis ein und wird politische Realität werden. Adorno und Horkheimer sprachen von der doppelten Negation. Es gibt die real gelebte Gerechtigkeit, die weniger wird. Und es gibt die einzufordernde Gerechtigkeit, also das Bewusstsein darüber, was gerecht wäre. Dieses Bewusstsein steigt. Karl Marx schreibt: „Der Revolutionär muss imstande sein, das Gras wachsen zu hören.“ Das Gras wächst. ■

Das Interview führte Katja Maurer



# Mr. Smith in Ramallah

## Auf der Suche nach der paradoxen Hoffnung

*Drei Jahre leitete Tsafir Cohen das medico-Büro in Ramallah. Mit unseren israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen versuchte er nicht allein Projekte einer besseren Zukunft in ihrem Land zu realisieren, sondern setzte sich in seinen Artikeln, Interviews und*

*Blogbeiträgen für einen offenen Blick auf den Konflikt im Nahen Osten ein. Tsafir Cohen wird sein Engagement für Israel und Palästina ab dem nächsten Jahr aus Frankfurt fortsetzen. Hier sein Rückblick, der kein Abschied ist.*

**V**on Abu Sa'ids Dach schauen wir über das satte Grün des Tals auf die steinigen, kahlen Berge. Jiftlik, eine Oase im Jordantal. Seit ewigen Zeiten nutzen die Menschen das von den Bergen unterirdisch hinabströmende Wasser, um inmitten der Wüste den Gemüsegarten Palästinas zu bestellen. Tomaten, Gurken, Auberginen. Doch eine Saison ohne Wasser und die Wüste nimmt sich das Land zurück. Es gibt immer weniger Wasser in Jiftlik, und entsprechend nimmt die landwirtschaftlich nutzbare Fläche stetig ab. Abu Sa'id, der Vorsteher des örtlichen Bauernkomitees, arbeitet deshalb morgens zusätzlich in der nahegelegenen jüdischen Siedlung. Die breitet sich im Tal nicht nur aus, sondern verfügt im Gegensatz zum palästinensischen Jiftlik auch über einen scheinbar unbegrenzten Wasservorrat. Die Siedler bauen Cherrytomaten oder Weintrauben für den Export an, ihre Rasen sind sattgrün, es gibt Gärten und ein Schwimmbad zur Entspannung. Die Knochenarbeit machen Palästinenser



Jiftlik im Jordantal. Foto: medico

oder „Gastarbeiter“, vornehmlich aus Thailand, für den Bruchteil eines Lohnes, den ein Israeli verdienen würde.

### Im Tal der Vergessenen

Vor etwa drei Jahren kam ich zum ersten Mal an die Ufer des Jordan. Mit den Kollegen des medico-Partners *Union of Agricultural Work Committees* (UAWC) besuchte ich das Dorf. Lehmhütten, Wellblechdächer, Behausungen ohne fließendes Wasser oder Strom. Jiftlik ist Beleg einer gezielt verhinderten Entwicklung.

Seine 4.000 Bewohner leben im C-Gebiet. 60% der Westbank gehören dazu. C bedeutet: Besetztes palästinensisches Gebiet unter israelischer Planungsverwaltung. Jede Infrastrukturmaßnahme muss von den israelischen Behörden genehmigt werden. Doch erteilen die israelischen Behörden seit über 15 Jahren so gut wie keine Genehmigung mehr. Selbst minimale Infrastrukturverbesserungen, wie der Anschluss des Dorfes an das Wasser- oder Stromnetz, werden so verhindert. Das unausgesprochene Ziel: das Leben in den C-Gebieten unmöglich zu machen und die Bewohner zur Abwanderung in die palästinensischen Städte zu drängen. Dort darf wenigstens gebaut werden.

Seit meinem ersten Besuch in Jiftlik haben wir mehrere Projekte begonnen, die das Bleiben ermöglichen könnten. Projekte, die keiner Genehmigung durch die israelischen Behörden bedürfen, zum Beispiel weil die Baumaßnahmen ohne Zement oder Metall auskommen. Dazu gehören: Bienenzucht für Bäuerinnen, neue Wasserleitungen – vielmehr die Reparatur der alten, Treibhäuser, rechti-

cher Beistand. Und der Bau von Kindergärten – zugegeben mit Beton. Aber wer reißt Kindergärten wieder ein? Ich fuhr regelmäßig in diese Gegend, die so abgelegen ist, dass auch viele Palästinenser nur wenig von ihr wissen.

Immer wieder schockierte mich die enorme ethnisch-religiöse Diskrepanz zwischen den Lebensverhältnissen – hier die Siedler mit ihren Schwimmbädern, nebenan die Lehmhütten von Menschen, die gezwungen sind, auf Land, das ihnen genommen wurde, für den Besatzer zu arbeiten. Hier sah ich Juden, dort Palästinenser. Das bereitete mir Unbehagen, wie würde mich die Dorfgemeinschaft akzeptieren? Ich wurde zwar aus Deutschland gesandt, doch mein Name lautet nun mal Cohen. Der jüdische Name schlechthin, häufig wie Smith in der englischsprachigen Welt. Ein Namensvetter war der vielleicht am meisten verhasste Spion der israelisch-arabischen Konfliktgeschichte, öffentlich hingerichtet in Damaskus; ein anderer das bekannteste rechtsradikale Knessetmitglied. Doch in Jiftlik hat Abu Sa'id, als Vorsteher des örtlichen UAWC-



Bauernkomitees stellvertretend für das gesamte Dorf, mein Jüdisch-Sein nie als Problem wahrgenommen. Als er meinen Namen hörte, ging eine Augenbraue hoch. Als ich ihm erläuterte wofür medico und damit auch ich selbst stehen, glaubte ich zu spüren, dass er nicht nur eine Organisation als Partner gefunden hatte, sondern auch eine Chance entdeckte, die an diesem Ort manifesten Grenzen zu überwinden. Diese Erfahrung machte ich immer wieder.

Kollegen und Freunde sorgten sich am Beginn meiner Tätigkeit in der Westbank um meine Sicherheit. Auf keinen Fall sollte ich in Ramallah wohnen. Lieber im gemischten, sichereren Jerusalem. Das tat ich auch. Nach den Erfahrungen in Jiftlik und in vielen anderen palästinensischen Orten bin ich ein Jahr später doch nach Ramallah gezogen. Dort merkten die Menschen lediglich ironisch an, ich wäre der einzige Cohen in den besetzten Palästinensergebieten, der nicht auf geraubtem Land in einer Siedlung lebt. Dass ich nicht ein einziges Mal eine bittere Bemerkung oder gar Anfeindung zu hören bekam, sondern im Gegenteil eher Zuneigung erfuhr, war besonders kostbar in den vielen Stunden, in denen ich an den Verhältnissen verzweifelte.

Die Arbeit im Jordantal gleicht der eines Sisyphus und ließ in der Vergangenheit schon größere und erfahrene Organisationen verzweifeln: Wie kann das Recht auf Entwicklung, der Zugang zum eigenen Land, zu eigenen Ressourcen und einer angemessenen Gesundheitsversorgung unter den restriktiven Auflagen einer allmächtigen israelischen Militärbehörde ermöglicht werden? Wie können wir vermeiden, dass unsere Bemühungen durch Abrissbirnen und weitere Landkonfiskationen zunichte gemacht werden? Seit Beginn unseres Engagements in Jift-

lik und anderen Dörfern im Jordantal haben wir mit unserem Partner UAWC einiges auf den Weg gebracht. Doch hat sich dadurch die Gesamtsituation verändert?

## **Auf Ausgrenzung folgt Ignoranz**

Seit meiner Ankunft in der Region im Jahr 2007 hat sich in Palästina nur wenig zum Besseren gewendet. Die 1,5 Millionen Bewohner des Gazastreifens leben weiterhin unter einer völkerrechtswidrigen Blockade. Die Menschen haben sich an den Dauerzustand einer komplett abgeriegelten Enklave gewöhnt, der sie in eine Abhängigkeit von externer Hilfe zwingt und ihnen begonnen hat jede Selbstständigkeit und Würde zu rauben. Währenddessen tüfteln die israelischen Behörden an einem ähnlichen System von Aus- und Einschlüssen in der Westbank. Die C-Gebiete sind dafür beredtes Beispiel. Auch das befördert den Zerfall der letzten, ohnehin fragilen bürgerlichen Institutionen. In Gaza, aber auch in der Westbank, sind willkürliche Festnahmen und Folter von Palästinensern durch Palästinenser mittlerweile Ausdruck eines politischen Systems, das, da alle Wahlen ausgesetzt wurden, keinerlei Rücksicht mehr auf seine demokratische Legitimation nehmen muss.

Wir versuchten mit unseren Mitteln darauf zu reagieren und bauten im Zuge der medizinischen Nothilfe in der Gaza-Krise gezielt Partnerschaften zu Organisationen auf, die sich bemühten der innergesellschaftlichen Zerrüttung in Gaza, etwa der religiös begründeten Einschränkung bürgerlicher Rechte, etwas entgegen zu setzen. Die israelischen Behörden verweigerten mir jedoch die Einreise in den Gazastreifen, und so ersetzten stundenlange Telefonate mit der femi-



nistischen Aktivistin Majeda Al-Saqqa oder mit dem Menschenrechtler Mahmoud Abraham die persönliche Begegnung. Im Rahmen eines von medico initiierten Besuchs von israelischen und palästinensischen Menschenrechtlern bei Bundestagsabgeordneten traf ich Mahmoud Abraham zum ersten Mal persönlich, eine Begegnung, die auf dem verschneiten Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte geradezu surreal anmutete. Zusammen mit unserer israelischen Kollegin Miri Weingarten von den *Ärzten für Menschenrechte – Israel* (PHR-IL) erlebten wir mit deutschen Politikern manch frustrierende Momente, bei denen unsere Gesprächspartner die Fakten des Unrechts vor Ort zugunsten einer angeblich realpolitischen Stabilisierung der Verhältnisse kleinredeten. Manchmal schien es mir, als ob einzig die persönlich gewordenen Beziehungen ein Weitermachen rechtfertigten.

### **Allgegenwärtige Sicherheit**

Wie in einem Spiegel zu der Entwicklung in den palästinensischen Gebieten, erodiert die Zivilität und Demokratie auch in Israel. Ein allgegenwärtiger Sicherheitsdiskurs rechtfertigt die Bildung von Enkla-

ven, Mauern und Zäune, um die verheerenden Selbstmordattentate zu verhindern. Auf das Argument, dass die unzähligen Demarkationslinien innerhalb der Westbank nicht nur einen zukunftsfähigen palästinensischen Staat, sondern selbst alltägliche Besuche bei Verwandten oder den Gang zum Arzt verhindern, wird mit dem Schutzbedürfnis der jüdisch-israelischen Bevölkerung geantwortet. Mir liegt sehr an der Sicherheit in Israel, schließlich leben meine Eltern dort. Doch auf der Suche nach einem sicheren Alltag geht jedes Interesse für all jene verloren, die auf der anderen, unsicheren Seite leben. Wann immer ich in die palästinensischen Enklaven fahren will, fragen mich Soldaten an den Checkpoints, ob ich verrückt sei, mich zu den Mördern zu wagen. Erwähne ich, dass dort normale Menschen leben, die in ein klassisches oder ein Hip-Hop-Konzert gehen, wird das Gespräch regelmäßig jäh beendet. Was nicht sein darf, gibt es auch nicht. Daher gab es auch keine Empathie für die 1.000 zivilen Opfer der Bombenangriffe auf Gaza. Die Jahreswende 2008/09 wurde so auch meine schwerste Zeit. Der tägliche Kontrast zwischen meiner Nothilfearbeit mit den Partnern in Gaza und den völlig un-



beteiligten Alltagsgesprächen in den israelischen Cafés war nur schwer zu ertragen. Aushalten konnte ich diese Ignoranz nur, weil es Kolleginnen wie Miri Weingarten und die Ärzte und Menschenrechtler der PHR-IL gab, die inmitten der Bombardierungen unaufhörlich mit der *Palestinian Medical Relief Society*, dem medico-Partner in Gaza, zusammenarbeiteten, Medikamente schickten und

die israelische Gesellschaft mit detaillierten Berichten über die blutigen Handlungen ihrer eigenen Armee konfrontierten.

Aber auch die PHR-IL verlieren immer mehr ihren ohnehin knappen politischen Spielraum. Was traditionell allein dem äußeren Feind, den Palästinensern

## Licht auf den Hügeln

Die Frage, ob unsere sprichwörtliche *Paradoxe Hoffnung* auf eine bessere Zukunft noch realistisch ist, stellte sich mir immer wieder. Überraschenderweise finde ich sie dort wieder, wo man sie nicht vermuten würde: In den C-Gebieten, zu denen nicht nur Jiftlik, sondern auch die Hebronhügel der südlichen Westbank zählen. Wir unterstützen dort eine kleine Initiative namens Comet-ME. Es sind vor allem drei israelische Aktivisten, die dort der systematischen Verhinderung von Entwicklung trotzen. Die palästinensischen Dörfer dort erhalten von den israelischen Behörden keine Genehmigung zum Anschluss an das Stromnetz, obwohl die Leitungen teilweise direkt über ihre Häuser zu den nahen jüdischen Siedlungen führen. Zusammen mit der palästinensischen Bevölkerung, die bis dahin nur schlagende, schikanierende Siedler und Soldaten

kannte, errichteten die israelischen Ingenieure von Comet-ME Solar- und Windenergieanlagen. Seitdem müssen die Bauernfrauen die Butter nicht mehr stundenlang schlagen, sondern

## Projektstichwort

In Ramallah wird zukünftig unser neuer Kollege Luke McBain die medico-Arbeit in der Westbank, in Gaza und in Israel fortsetzen: Entwicklung der Dörfer in der Jordansenke, rebellische Theaterarbeit in Jenin, kritische Aufklärung über die blinden Flecken in der israelischen Gesellschaft, grenzüberschreitende Kooperationen für das Recht auf Gesundheit und elementare Bürgerrechte zwischen Mittelmeer und Jordantal. Das Stichwort lautet: **Israel-Palästina**.

im In- und Ausland vorbehalten war, gilt seit den Angriffen auf Gaza immer mehr für jüdische Israelis: Wer heute in Tel Aviv protestiert und die strukturelle Unterdrückung kritisiert, wird als Gefahr für die Sicherheit Israels gebrandmarkt. Die Knesset hat bereits die ersten Gesetze initiiert, die die Arbeit der kritischen Zivilgesellschaft einschränken und kriminalisieren sollen.

nutzen einen Butterstamper, und die Kinder können auch abends Hausaufgaben machen. Ich war zugegen, als die Lichter in einem Dorf, das bis dahin nachts in völliger Dunkelheit lag, zum ersten Mal zaghaft aufgingen. Es mag sich kitschig anhören, aber in dem Moment glaubten wir doch alle an ein Wunder. ■



israel / palästina

## Ein Preis für die Mutigen

**W**ir gratulieren ganz von Herzen!  
Unser langjähriger Partner **Ärzte für Menschenrechte – Israel (PHR-II)** wird 2010 mit dem The Right Livelihood Award (dem alternativen Nobelpreis) ausgezeichnet. Das Komitee würdigt die Ärzte und Menschenrechtler aus Tel Aviv für „ihren unzählbaren Geist, mit dem sie für alle Menschen in Israel und Palästina eintreten“. Die

Gründerin Dr. Ruchama Marton empfindet diese Ehrung als „Zeichen internationaler Solidarität auf dem Weg, den wir seit 22 Jahren bestreiten: der konkrete Kampf um die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit für alle, überall, zu jeder Zeit“. medico ist froh, mit Ihren Spenden die Arbeit unserer israelischen Partner auch zukünftig unterstützen zu können.

**Das Stichwort lautet: Israel-Palästina.**



Gesundheitsversorgung und Rechtsbeistand: Hilfe für palästinensische Gefangene in Israel



Der Gesellschaft einen Spiegel vorhalten: Ausstellung in Tel Aviv mit Kinderzeichnungen aus Gaza. Alle Fotos: PHR-II

## Die Mühen des Gemeinsamen

Ein Besuch bei der Rikschafahrerkooperative von Dhaka



**E**s ist Oktober, Ende der Regenzeit, die Temperaturen in Dhaka konstant bei schwülen dreißig Grad. Wir sind in Bangladeschs Megacity, um die Partner von *Gonoshastaya Kendra* (GK) zu treffen, einer großen, an vielen Orten des Landes aktiven sozialmedizinischen Hilfs- und Entwicklungsorganisation.

Treffen wollen wir auch einige der Menschen, denen das neueste Projekt

von GK gilt: die Rikschafahrer. Die *Gonoshastaya Rickshawpullers Health Cooperative*, die GK mit der Hilfe *medicos* aufbaut, soll sich zu einer Solidarkasse entwickeln, die den Fahrern und ihren Familien eine medizinische Grundversorgung und damit ein Mindestmaß sozialer Sicherheit gewährt. Uns ist das nicht unbekannt: Im 19. Jahrhundert haben sich die Arbeiter in den damals schnell wachsenden deutschen Großstädten in ähnlichen Vereinen ge-



gegenseitiger Hilfe organisiert und damit den Grundstein des hiesigen Gesundheitssystems gelegt.

## Die, die zuviel sind

Die Kollegen von GK hatten uns gewarnt. „In Dhaka besteigt man Fahrzeuge nicht, um schneller zu sein als zu Fuß, sondern weil der Weg zum Laufen zu weit ist.“ Im Stadtverkehr kommt unser Wagen nur zentimeterweise voran, der Fahrer kämpft um jede kleine Lücke, nutzt dazu wie alle anderen unausgesetzt die Hupe.

An jeder Kreuzung, jeder Straßeneinmündung, überall dort, wo ihre Wendigkeit den Ausschlag gibt, drängen ganze Pulks dreirädriger Fahrradrickschas nach vorn, nutzen dazu auch die Gehwege am Straßenrand. Sie schließen nach hinten mit einer Sitzbank ab, über die sich ein bunt bemaltes, meist nicht mehr funktionierendes Faltdach wölbt. Man sitzt abschüssig in ungesicherter Position, wenn auch um ein Vielfaches bequemer als der schweißüberströmte Rickshawpuller. Der muss, um sein Gefährt überhaupt in Gang zu bringen, aus dem Stand in die Pedale treten. Er zieht dann drei, viermal, fünfmal durch, gewinnt an Schwung, kann sich setzen, muss wieder anhalten. Weil diese mühsame, aufreibende Prozedur im Dauerstau von Dhaka längstens alle zehn Meter wiederholt werden muss, schließen die Fahrer so dicht aufeinander auf, dass sie ihr Dreirad auf das voraus fahrende aufrollen lassen: das spart den Zug an der meist abgefahrenen Bremse.

In Asiens Sprung nach vorn liegt die Stadt an guter Position. Die Wirtschaft boomt, an der Spitze die Textilindustrie, weit oben der Bausektor. Das zahlt sich aus: für die nationalen und internationalen Unternehmen, aber auch für die rapide

wachsende Mittelklasse, die ihren Wohlstand im eigenen PKW demonstriert. Ihr Beispiel lockt täglich Hunderte, Tausende von Armen vom Land in die Stadt. „In den 1950er Jahren“, sagt uns Maya Altafunessa, die Direktorin von GK, „hatte Dhaka noch 500.000 Einwohner. Heute leben hier vierzehn Millionen.“ Das sprengt die aus der europäischen Urbanisierungsgeschichte bekannten Dimensionen um ein Vielfaches.

## Die Garagen von Adabar

Zu diesen Armen vom Land gehören auch die etwa eine Million Rickschafahrer Dhakas. Sie sind fremd in der Stadt, in der sie deshalb zunächst allein leben, oft allein bleiben. Zwei Drittel von ihnen kehren nach längstens zehn Jahren aufs Land zurück. Die anderen versuchen zu bleiben, gründen eine Familie mit drei oder vier Kindern. Die Hälfte der Fahrer besucht einmal im Monat für zwei, drei Tage die Verwandten im Heimatdorf, an den restlichen Tagen wird gefahren.

Doch sind die Puller anders als die Tagelöhner „Selbstständige“, die ihr Dreirad von einem „Rickshawlord“ mieten, dem sie dafür einen Teil ihrer Tageseinnahmen überlassen. Der Durchschnitt der Fahrer verdient ca. 500 Thaka täglich, eine winzige Minderheit besonders erfolgreicher, wohl auch gerissener Fahrer kommt auf bis zu 800 Thaka am Tag: das sind 8 Euro. Zahlen müssen sie auch für den Schlafplatz, den wiederum der Lord stellt, im oberen Stockwerk seiner „Garage“. Das ist ein zweistöckiger Holzbau mit einem offenen Waschplatz, verqualmter Kochstelle und drei, vier Toiletten. Schlafplatz muss wörtlich genommen werden: Man überlässt die Rickscha dem Fahrer der nächsten Schicht, steigt über eine Holzleiter nach oben, rollt die Matte aus

und schläft, nach dem stundenlangen Kampf um jeden Zentimeter eine Sache schierer Erschöpfung. Im offenen Raum ruhen stets auch andere Fahrer, manchmal zehn, manchmal zwanzig; von Moskitos übertragenes Denguefieber ist deshalb eine der häufigsten Erkrankungen.

Im Slumviertel Adabar gibt es eine Vielzahl solcher Garagen. Wir sind mit dem Wagen hierher gekommen, zusammen mit dem Arzt Arman, der Soziologin Nusrat und zwei „Promotoren“, die uns mit ihrem chinesischen Elektrobike vorausfahren. Die Kollegen sind auf Werbetour, suchen Mitglieder für die *Gonoshastaya*

*Rikshawpullers Health Cooperative*. Die hat jetzt rund 700 Mitglieder, soll in der Zukunft auf zwei-, vielleicht dreitausend anwachsen.

Der Jahresbeitrag der Kooperative liegt bei 100 Thaka, die ein Neumitglied nach Möglichkeit bar dem Werber gibt. Im Mitgliedsbuch wird der Name des Fahrers vermerkt, hat er Frau und Kinder, werden sie ebenfalls eingetragen. Mit der Mitgliedschaft erwirbt er das Recht auf eine kostenfreie medizinische Grundversorgung in dem achtstöckigen Hospital, das GK im Stadtteil Dhanmondi betreibt. Damit ist allerdings schon einer der Gründe

genannt, die dem Beitritt im Wege stehen: zwar grenzt Dhanmondi südlich an Adabar an, doch verlangt der ewige Stau über eine Stunde Fahrzeit.

Wir stehen vor einer Garage, Nusrat erklärt per Megafon die Idee der Kooperative. Bald schon kommt die Frau eines Fahrers und bittet Arman, sich den Klumpfuß ihres Sohnes anzusehen. Natürlich kann der Arzt den Jungen hier nicht behandeln. Trotzdem eine gute Gelegenheit, die Vorteile einer Mitgliedschaft zu erklären. Denn im *Gonoshastaya Nagar Hospital* könnte der Junge operiert und mit den nötigen Medikamenten versorgt werden. Für sich allein kann sich so etwas in Adabar niemand leisten.

### Das Gemeinsame

Der erste Fahrer, der dem Werber seinen Beitrag zahlt,

Unbehaust in der Stadt. Ehefrau eines Rikschafahrers. Foto: medico



erhält mit dem Mitgliedsbuch eine Baseballkappe, ein T-Shirt und ein Moskitonetz. Allein das Netz übersteigt den Wert des entrichteten Beitrags, ist deshalb ein handgreiflicher Gewinn und baut das tiefe Misstrauen der Leute ab. Tatsächlich treten in kurzer Zeit zehn Fahrer bei, „nicht schlecht!“, freuen sich die Kollegen.

Das Misstrauen der Fahrer ist der Ausdruck ihrer gemeinsamen Lebenserfahrung und ihr wichtigster Schutz – auch wenn es sie zugleich von einander trennt. Denn gemeinsam ist ihnen zunächst nur die rückhaltlose Vereinzelung unter Millionen Fremden: Sie kamen allein vom Land in Stadt, um ein minimales Auskommen zu finden; ihren Platz in der Menge müssen sie erst erstreiten und in Konkurrenz zum jeweils nächsten Armen täglich neu verteidigen.

Arm sind drei Viertel aller Bewohner Dhakas – trotz des Wachstums der Mittelklasse. Dabei sind die Rikschafahrer besser gestellt als die Tagelöhner auf dem Bau, rangieren aber noch unter denjenigen, die in der Textilindustrie arbeiten. Die verdienen zwar weniger, sind aber fest angestellt und deshalb immer häufiger gewerkschaftlich organisiert. Das ist es auch, was unseren Partner GK zu den Rikschafahrern geführt hat. Denn mit dem Beitritt zur Gesundheitskooperative sind die Fahrer nicht mehr völlig nur auf sich zurückgeworfen, finden ein erstes Gemeinsames – für 100 Thaka im Jahr, also für einen Euro. So lässt sich der auf den nächsten Tag konzentrierte Überlebenskampf auf eine Zukunft hin öffnen. Denn Gesundheitsvorsorge ist ein Luxus,

auf den die Armen in Adabar zumindest heute gut verzichten können: Der Laden an der Ecke verkauft für wenig Geld Schmerztabletten, die tun's im Notfall auch.

Die Ein-Euro-Mitgliedschaft wird natürlich nicht reichen, und das umso weniger, je mehr der Kooperative beitreten. Auch das erinnert an die Armen im Berlin oder im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts.

## Projektstichwort ████████████████████

Anders als auf dem Land, kann Gesundheitsfürsorge im städtische Raum nicht auf schon bestehende Gemeinschaft der Betroffenen setzen, sondern muss ein solches Gemeinsames erst schaffen. medico fördert die Rikschafahrerkooperative von Dhaka zunächst mit 50.000€ und wird das Experiment weiter unterstützen. Spenden unter dem Stichwort: **Bangladesch**.

Deren Solidarkassen wurden durch die geringen Beiträge einer Mitgliedschaft gespeist, in der die Einzelnen eigentlich nichts zu erübrigen hatten. Um ihr Versprechen einer Gesundheitsfürsorge auf der Basis gegenseitiger Hilfe einlösen zu können, waren die Gesundheitsvereine auf den politischen Kampf der Arbeiterbewegung angewiesen. Durch ihn wurde die Gegenseitigkeit der Hilfe auf die ganze Gesellschaft ausgedehnt und zum garantierten Recht aller Einzelnen – zumindest im Ansatz. Wenn das unvermeidliche Minus in den Bilanzen der *Gonoshastaya Rickshawpullers Health Cooperative* durch die Hilfe medicos ausgeglichen wird, markiert dies einen Unterschied zwischen 21. und 19. Jahrhundert. Denn trotz seiner rasanten Ökonomie wird Bangladesch für seine Armen nicht allein aufkommen können. In den Garagen von Adabar wird insofern ein Anfang gewagt, der auf dauerhafte Solidarität angewiesen bleibt. ■

## Gesundheit als öffentliches Gut

### El Salvador: Bürgerallianz gegen den Markt

**N**ach ihrem historischen Wahlsieg 2009 erklärte die Linksregierung den Aufbau eines nationalen integralen Gesundheitssystems zu einem ihrer wichtigsten Ziele. Nicht allein das Recht auf Behandlung sollte kostenlos sein, sondern die Reform setzte bewusst auf Prävention, verbilligten Medikamentenzugang und die Stärkung nichtakademi-

scher Gesundheitsarbeiter. Auch wenn die Umsetzung nur mittelfristig zu finanzieren ist, erhöhte die Regierung für 2011 bereits deutlich den Haushaltsetat für Gesundheit. Die salvadorianische Pharmaindustrie fürchtet jetzt um ihr Monopol auf den lokalen Gesundheitsmarkt: Im Herbst demonstrierten Hunderte Menschen gegen die exorbitant

hohen Medikamentenpreise und die im Nationalen Gesundheitsforum versammelte Bürgerallianz will die Gesundheitsreform gegen alle marktliberalen Angriffe von rechts verteidigen. medico begleitet die Allianz in ihrer Basismobilisierung für ein beispielhaftes öffentliches Gesundheitssystem in Mittelamerika.

**Spendenstichwort: El Salvador**



Forum gegen Privatisierung von Gesundheit. Foto: medico

## Lernen für das eigene Leben

### Nicaragua: Aufklärungskampagne für Teenager

**N**och immer leben im zweitärmsten Land Lateinamerikas 80 Prozent der Bevölkerung in Armut. Seit dem sandinistischen Wahlsieg 2007 sind Basisgesundheitsvorsorge und Bildung wieder umsonst, aber Präsident Ortega hat mit der katholischen Kirche auch verfügt,

dass medizinisch indizierte Abtreibungen selbst dann verboten sind, wenn eine Frau vergewaltigt wurde oder wenn eine Schwangerschaft ein tödliches Risiko für sie bedeuten könnte. Seither riskiert in Nicaragua ein Arzt, der in solchen Fällen helfend eingreift, bis zu acht Jahre Ge-

fängnis. Die Basisgesundheitsorganisation CISAS will das nicht hinnehmen. Seit 27 Jahren bildet sie nicht nur kommunale Gesundheitsdienste weiter, sondern initiiert im Rahmen des People's Health Movement (PHM) regionale Kampagnen für die Rechte von Kindern und Jugendlichen, Frauen und Personen mit

HIV/Aids. Jetzt fördert medico eine Aufklärungskampagne, gezielt für Jugendliche. Die Themen sind gewaltfreier Umgang untereinander, HIV/Aids und: ungewollte Teenagerschwangerschaften.

**Spendenstichwort: Nicaragua**

## Stimme der Menschenrechte

**Honduras: Gemeinderadio gegen die Gewalt**

**D**er Staatsstreich durch die Oberschicht und Militärs im Juni 2009 hat nicht nur die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Ignoriert von der internationalen Öffentlichkeit „hat sich Honduras zum tödlichsten Land für Journalisten

entwickelt“, so die Reporter ohne Grenzen (RSF). Allein 2010 wurden sieben Journalisten ermordet, kein Fall wurde bisher aufgeklärt. Dennoch gibt der kulturelle, soziale und politische Widerstand gegen das Putschistenregime nicht auf.

Die Opposition fordert die Aufklärung aller Menschenrechtsverletzungen und eine Reform der Verfassung. Die Stimme der Bewegung ist das tägliche Radioprogramm „Resistencia“ (Widerstand). Die Sendungen bieten unzensurierte Informationen, dienen der landesweiten Vernetzung und finanzieren sich allein aus Spenden. medico unterstützt jetzt den geplanten Aufbau eines alternativen Netzwerkes lokaler und regionaler Radios. „Resistencia“ gibt es auch im Internet: [www.radioglobohonduras.com](http://www.radioglobohonduras.com)

**Spendenstichwort: Honduras**



Bertha Ochoa zeigt das Foto ihres Sohnes Hernandez. Der Journalist war am 1. März 2010 erschossen worden. Foto: Reuters

# Die Ersten und die Einzigsten

Im Unglück erweist sich die pakistanische  
Zivilgesellschaft als handlungsfähig



**A**lma Ata liegt in Kasachstan. Weit weg von Frankfurt oder der pakistanischen Hafenmetropole Karachi. Die Verbindung dieser drei Orte liegt in einer Entscheidung von historischer Dimension, die die Regierungen der Welt 1978 in Alma Ata fassten und der eine grundlegende, konzeptionelle Revolution in der internationalen Gesundheitspolitik folgte. Unter dem Motto „Gesundheit für alle“ wurde damals das Konzept der Basisgesundheitsversorgung

(Primary Health Care - PHC) ausgerufen und damit auch ein neues Verständnis von Gesundheit, das weit über die Medizin hinausreichte. Gesundheit, so heißt es darin, wird vor allem durch außermedizinische Faktoren bestimmt. In erster Linie sind es der Zugang zu Einkommen und Land, menschenwürdige Wohnverhältnisse, ausreichende Ernährung, die Respektierung der Menschenrechte und kulturelle Teilhabe. Wer für Gesundheit streiten will, muss sich für soziale Gerechtigkeit

keit und demokratische Partizipation einsetzen. Zwar blockierten die beginnende Wirtschaftsrezession der frühen 1980er Jahre und Stellvertreterkonflikte des Kalten Krieges die staatliche Umsetzung solcher Konzepte mit gesellschaftsveränderndem Potential, aber die Aufbruchstimmung der Gesundheitsaktivisten in Frankfurt wie Karachi war nicht mehr aufzuhalten. medico international nahm in dieser Zeit das PHC-Konzept auf und unterstützte z.B. in Nicaragua den Aufbau von Basisgesundheitsdiensten.

Dr. Tanveer Ahmed, der heutige Geschäftsführer unserer pakistanischen Partnerorganisation Health and Nutrition Development Society (HANDS), hatte damals gerade das Medizinstudium abgeschlossen. Sein Professor hatte selbst an der Weltgesundheitskonferenz in Alma

Ata teilgenommen und kam mit dem festen Entschluss zurück, ein ähnliches Basisgesundheitsystem in den ländlichen Gegenden rund um Karachi einzuführen.

So verließ eine Gruppe junger Ärzte die Universität um ihre Vorstellungen eines partizipativen Gesundheitswesens in acht verschiedenen Dörfern umzusetzen. Das Projekt war so erfolgreich, dass der Chef von UNICEF-Global bei einem Besuch auf eine Ausweitung drängte. Die Mediziner gründeten daraufhin 1979 HANDS und dehnten ihre Arbeit auf 24 Dörfer aus. Heute ist die Organisation in insgesamt 24 Distrikten im Süden Pakistans aktiv und erreicht ca. 16.000 Dörfer mit mehr als 13 Millionen Einwohnern. Das Gesundheitsprojekt wurde zu einem integrativen Entwicklungsmodell weiterentwickelt und deckt drei Bereiche

**Müttersterblichkeit und Bildungsdefizite von Frauen sind Hauptarbeitsfelder. Deshalb sind 70% der HANDS-Mitarbeiter Frauen.**

ab: Gesundheit, Bildung und Armutsbekämpfung. Mit insgesamt 1.200 Mitarbeitern gehört HANDS mittlerweile zu den größten NGOs in den südlichen Provinzen Pakistans.

„70% unserer Mitarbeiter sind Frauen, denn die Müttersterblichkeitsrate ist sehr hoch und die Bildungsmöglichkeiten für junge Mädchen sind oft unzureichend. Also sind unsere Projekte auf diese Probleme spezialisiert, was bedeutet, dass hauptsächlich Mitarbeiterinnen benötigt werden“, erklärt Dr. Tanveer. Mit drei Frauen im siebenköpfigen Management ist HANDS eine positive Ausnahme in Pakistan. So schlecht wie sein Image im

Westen sei Pakistan jedoch nicht, ergänzt Dr. Tanveer: „Laut nationalem Recht müssen mindestens 33% der Abgeordneten im Parlament weiblich sein. Dies wurde

auch umgesetzt und darüber hinaus ist Pakistan das einzige muslimische Land, in dem eine Frau zweimal zur Premierministerin gewählt wurde.“

Die langjährige Arbeit in den Provinzen Sindh und Belutschistan half HANDS die bisher härteste Bewährungsprobe zu bestehen. 20% Pakistans versanken im August 2010 im Hochwasser, das die Ernte zerstörte und 20 Millionen Menschen ohne Obdach hinterließ. „Durch die vielen Binnenflüchtlinge wurde die ländliche Armut plötzlich auch in den Städten sichtbar. Das war ein Schock für viele Pakistaner“, erzählt Dr. Tanveer bei seinem Besuch im Frankfurter medico-Büro.

Die lokale Verankerung und ein Netz von Regionalbüros ermöglichten es HANDS schnell auf die steigenden Fluten

zu reagieren. In abgelegenen Landstrichen waren sie die Ersten und Einzigen. Die Armee kam erst als die Flut schon da war. Während das Wasser langsam stieg, waren alle verfügbaren Autos, Mitarbeiter und ca. 10.000 Freiwillige vier Tage und Nächte im Einsatz. Zusätzlich mietete HANDS zwei Boote und Traktoren mit großen Anhängern um die Menschen aus den gefährdeten Zonen an sichere Orte zu bringen. Mehr als 80.000 Menschen wurden evakuiert.

Die großen internationalen Organisationen waren dort – „weit draußen auf dem Land“ – nicht zu finden. Da die ausländischen Gelder nur schleppend bei den lokalen Behörden ankommen, hat der Staat auf dieser Ebene nichts zu verteilen. Es waren die pakistanische Zivilgesellschaft, Nachbarschaftshilfe und die Improvisationsfähigkeit der Betroffenen die Schlimmeres verhinderten. Wenn doch einmal Laster den Weg in die abgelegenen Regionen fanden, wurden die Hilfsgüter meist hastig am Straßenrand abgeladen. Dabei wurden rund 2.500 Flüchtlinge in Kashmore einfach übersehen.

Sie hatten sich mit ihrem Vieh auf einen Damm nahe dem Guddu-Sperrwerk gerettet. Dieser Damm ist von der Hauptstraße nicht einsehbar, da er hinter einer eingemauerten Siedlung der Angestellten des örtlichen Kraftwerks direkt am Fluss liegt. Von den Hilfsgütern hatten sie so nie etwas abbekommen bis Einwohner der Kraftwerkssiedlung lokale HANDS-Mitarbeiter informierten. Nach der anfänglichen Versorgung durch ein mobiles medizinisches Team, konnte HANDS mit den

Spendengeldern von medico international hier ein Nothilfe-Camp errichten.

Insgesamt wurden mit den medico-Mitteln fünf Flüchtlingslager im Norden der Provinz Sindh sowie vier weitere im Süden in der Region um die Stadt

Thatta für drei Monate finanziert. In jedem Camp wurden Nahrungsmittel und Trinkwasserver-

**Ein Schock für die pakistanische Mittelschicht: Durch die vielen Binnenflüchtlinge wurde das Ausmaß der ländlichen Armut sichtbar.**

sorgung, Latrinen, Zelte, medizinische Versorgung und Unterricht für die Kinder organisiert. Damit die Bauern ihr gerettetes Vieh nicht verlieren, wurden Futter beschafft und die Tiere geimpft. Auch Hilfen für die Rückkehr der Flüchtlinge waren enthalten. Die rund 54.000 Menschen in diesen Camps mussten aber auch selbst mit anpacken. HANDS stärkt die Eigeninitiative der Flutopfer. Nur so lässt sich vermeiden, dass sie zu passiven Hilfsempfängern degradiert werden und sich ihre Ohnmacht noch verlängert. „In jedem Nothilfe-Camp bilden die Betroffenen ein Komitee das uns als Ansprechpartner dient und die Registrierung der Bewohner, das Errichten der Latrinen, Kochen, Sauberkeit etc. selbst organisiert“, berichtet Dr. Shaista. Gemeinsam mit ihren beiden Kolleginnen sorgt die Ärztin für medizinische Versorgung und Gesundheitsaufklärung in den Camps von HANDS.

Mittlerweile sind die Fluten abgeflossen. Zwar haben sich im Süden zum Teil Seen gebildet, doch viele Binnenflüchtlinge kehrten zurück in ihre Dörfer oder leben nahe ihrer zerstörten Häuser. Die meisten haben in der Flut ihr Saatgut, ihr Vieh und ihre Werkzeuge verloren. „Gerade die einfachen Menschen sind jedoch darauf angewiesen, diesen Monat



auszusäen, sonst wird es keine Ernte für die nächsten sechs Monate geben. Die Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfe würde sich verlängern“, sagt Dr. Tanveer.

Zurzeit erarbeiten medico und HANDS gemeinsam mittel- und langfristige Programme. Die Rehabilitation in der Provinz Sindh bedarf einer langfristigen Unterstützung. Neben dem Wiederaufbau von Infrastruktur und Bewässerungssystemen, müssen auch politische Reformen angestoßen werden, um die Menschen nicht einfach wieder in ihr altes Elend zurückzuschicken. Vielerorts herrschen auf dem Land noch feudalistische Strukturen und sklavenähnliche Arbeitsbedingungen die den verarmten Landarbeitern nicht viel zu bieten haben außer extremer Ausbeutung. Dr. Tanveer ist skeptisch: „Natürlich unterstützen wir die politischen Forderungen der Landlosen und setzen uns für

eine Landreform ein. Aber das ist eine langwierige Auseinandersetzung. Ein Großteil der Abgeordneten und Minister gehört selbst zu den Großgrundbesitzern und hat kein Interesse an einer Umverteilung.“ Die Impulse für einen Veränderungsprozess müssen deshalb von unten kommen. Doch Dr. Tanveer glaubt fest daran, dass für viele Betroffene der Neuanfang auch eine Chance ist, die Armut zu überwinden. „Sie haben von der Regierung eine Rückkehrhilfe von 20.000 Rupi (ca. 170 Euro) pro Person erhalten. Das ist viel Geld und eine gute Basis. Wenn sie von den zivilgesellschaftlichen Organisationen Unterstützung in Bezug auf Landwirtschaft, Behausung, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur bekommen würden, wäre vieles möglich.“

Unsere pakistanische Partnerorganisation wird diese Wiederaufbauhilfe in



Abprache mit den gemeindebasierten Strukturen leisten. Selbstorganisation spielt im Ansatz von HANDS die zentrale Rolle. „Selbsthilfeorganisationen auf lokaler Ebene sind in der Gesellschaft Pakistans ein Teil der Kultur. Wenn jemand stirbt, sammelt die Gemeinde Geld für die Beerdigung. Wenn jemand heiratet, unterstützen alle die Verwirklichung der Zeremonie. Dieser Teil der Hilfe existierte also schon früher. Aber nun transformieren wir diese Netze, indem wir ihnen ein Konzept geben, mit dem sie in ihren eigenen Dörfern den Entwicklungsprozess initiieren, durchführen und beobachten können. Wir bieten dafür

Trainings an und stellen dann die nötigen Instrumente und Materialien bereit“, erklärt der HANDS-Geschäftsführer. Er hat auch schon alles genau ausgerechnet. Der Wiederaufbau eines durchschnittlichen Dorfes mit 50 Haushalten, ca. 350 Personen, würde rund 84.000 Euro kos-

ten. Für umgerechnet 1.700 Euro bekäme jede Familie ein kleines Haus mit Veranda und Küche, Wasser- und Sanitäreinrichtungen, gemeinsame Dorfinfrastruktur, eine Anschubfinanzierung für Landwirtschaft oder die Eröffnung eines kleinen Betriebes und Bildungsprogramme sowie Gesundheitsversorgung im ersten Jahr. Die Baupläne und Modellhäuser sind bereits erstellt. Auf seinem Computer macht Dr. Tanveer mit uns einen virtuellen Rund-

## Projektstichwort

medico international hat in der akuten Notphase 1.146.964 Euro für die pakistanische Gesundheitsorganisation HANDS (Health and Nutrition Development Society) bewilligt. Die langfristige Kooperation für den Wiederaufbau ist vereinbart. Das Stichwort dafür lautet: **Pakistan**.

gang durch die digitale 3D-Mustersiedlung. Wir haben ihm unsere weitere Unterstützung zugesagt, damit diese bald Wirklichkeit wird. ■

Bernd Eichner



Rückkehrhilfe nach der Flut. HANDS-Camp in der Region Sindh. Foto medico

# Das falsche Argument für Hilfe

## Die Spendendebatte ist irreführend

Ein Kommentar von Ulrich Ladurner

**W**enn „wir“ nicht helfen, dann helfen die Taliban. Das ist ein Argument, das man in diesen Tagen und Wochen, da große Teile Pakistans in den Fluten versinken, immer wieder hört. Es soll die Menschen im Westen dazu motivieren, Geld an die notleidenden Pakistaner zu spenden.

Diese Logik hebt das Grundprinzip humanitärer Hilfe aus: Neutralität. Man hilft Menschen in Not, egal welchen Überzeugungen sie anhängen mögen. Oder sollen wir etwa nicht spenden, weil die Ertrinkenden islamistischem Gedankengut anhängen?

Der Wettlauf mit den Taliban, der mutwillig in den westlichen Medien ausgerufen wird, ist irreführend und gefährlich. Irreführend ist der Gedanke, weil er jede Differenzierung a priori ausschließt. Jede islamische Organisation wird schnell zum Taliban deklariert.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass sich unter den helfenden Händen zahlreiche befinden, die an anderen Tagen gerne Bomben schmeißen. Da darf nichts verharmlost werden.

Doch wieviele sind es? Wer ist es? Vor allem aber: Man gewinnt den Eindruck als gäbe es in Pakistan nur die Taliban, die helfen. Unter der Wettkampfbille der Medien verschwinden alle andere Organisationen, die es durchaus gibt, ja selbst die pakistanische Armee taucht kaum mehr auf. Dabei ist sie einer der wichtigsten Helfer in der Not.

Die Taliban selbst freuen sich über den in den Medien hinausposaunten

Wettkampf – selten haben sie so viel Aufmerksamkeit bekommen, selten erschienen sie wie ein ebenbürtiger Gegner. Ihre Bedeutung wird so unverhältnismäßig gesteigert. Zudem sind viele Pakistaner sehr religiös und bei nicht wenigen haben die USA einen sehr schlechten Ruf. Doch deswegen müssen diese Pakistaner im Umkehrschluss nicht gleich mit islamistischem Extremismus sympathisieren oder, mehr noch, selbst Extremisten sein.

Schließlich verrät das Argument von dem „wir oder sie“, dass die Pakistaner wie Stimmvieh betrachtet werden. Es wird morgen blind dem nachlaufen, der ihn heute buchstäblich über Wasser hält. Der Pakistaner als selbstständig denkendes, rationales Subjekt taucht nicht auf. Dabei haben die Pakistaner immer wieder bewiesen, dass sie sehr wohl wissen, was sie von Extremisten zu erwarten haben.

Islamistische, extremistische Parteien sind in der gesamten Geschichte Pakistans bei Wahlen nie weiter als über insgesamt zwölf Prozent der Stimmen gekommen. 2004 haben sie in der Region Pakhtunwha – die heute von den Fluten schwer getroffen ist – in einer Koalition aus islamistischen Parteien zwar die Wahlen gewonnen. Doch vier Jahre später wurden sie abgewählt. Die Wähler hatten sie für ihre Unfähigkeit bestraft. ■

Ulrich Ladurner ist Auslandsredakteur der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT. Er bereist im Auftrag seiner Zeitung vor allem Pakistan, Afghanistan, Iran und Irak. Seinen Blog „Post von unterwegs“ finden Sie unter: <http://blog.zeit.de/ladurnerulrich>

**Exodus in die Wüste.** Vergessene Kriege hinterlassen vergessene Orte. Die Westsahara ist einer dieser Plätze, wo sich die Opfer eines Konfliktes befinden, der an den Rand „erhabener zeitgeschichtlicher Aktualität“ (Milan Kundera) verwiesen wurde. Das Territorium der Sahrauis ist von Marokko besetzt, ihre Republik existiert vor allem im Exil. Die Sahrauis befinden sich in zwei Realitäten. Die vermutlich größere Hälfte von ihnen lebt im von Marokko besetzten Teil

der Westsahara als Menschen ohne Rechte, in Armut und ohne Zukunft. Sie werden von Geheimdiensten schikaniert, inhaftiert und gefoltert. Nach Osten trennt sie eine 2.700 Kilometer lange Sperrmauer von jenen 100.000 Sahrauis, die mit Napalm vor 35 Jahren nach Algerien vertrieben wurden. Sie leben in einer kargen Geröllwüste, ohne Perspektive und in völliger Abhängigkeit von europäischer Hilfe. Alle Sahrauis warten auf Einlösung des Versprechens der



UNO: ein freies Referendum über ihre Zukunft. Aber Europa interessiert das nur am Rande. Die EU profitiert von den Bodenschätzen und Fischvorkommen der Westsahara und schätzt Marokko als guten Freund bei der Abwehr afrikanischer Flüchtlinge. Jetzt haben die Sahrauis ihre von Marokko besetzten Städte verlassen. Anfang November führte der Aufstand 20.000 Menschen in die Wüste. Dort forderten sie ein besseres Leben. Der König ließ das Protestlager nieder-

brennen. Im Anschluss kam es in den Städten zu pogromartigen Übergriffen durch marokkanische Militärs. Die Bilanz: mindestens sechs Tote, vielleicht sogar dreizehn, Hunderte Verletzte, Dutzende Verschwundene. Kurzzeitig konnten sich die Sahrauis dem internationalen Vergessen entreißen. medico wird sie dabei weiter unterstützen – politisch und materiell.

**Das Stichwort der Solidarität lautet: Westsahara.**



# Neue Abhängigkeit erzeugt Fl

Der Reichtum Malis macht seine Menschen noch immer arm

*Auch 50 Jahre nach der Unabhängigkeit werden Malis Ressourcen von anderen Staaten ausgebeutet. Früher bestimmte Frankreich die Wirtschaftsentwicklung seiner ehemaligen Kolonie, heute tritt Libyen als Bodenspekulant und allgegenwärtiger Investor am Niger-Fluss auf. Auf Einladung des medico-Partners Association Malienne des Expulsés (AME, Organisation der Ausgewiesenen Malis) traf sich im Oktober in der Hauptstadt Bamako die malische Zivilgesellschaft, um über den Zusammenhang von Entwicklung und Migration zu diskutieren. Judith Kopp nahm für medico an den Veranstaltungen teil.*

**E**nde September diesen Jahres feierte Mali das fünfzigste Jahr seiner Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft. Im Straßenbild der Hauptstadt Bamako sind noch immer die Fahnen und Plakate präsent. Viele Frauen und Männer tragen Blusen und Hemden, die das Logo des „Cinquante-naire“ zieren, und in den ständig laufenden Fernsehgeräten werden die Gala-

Shows wiederholt, mit Jubiläumssongs, prachtvoll gekleidetem Publikum und zuversichtlichen Reden. Selbst wenn das Wort „Independance“ noch immer in aller Munde ist, bleibt es so manchem im Hals stecken. Das große Wort wirkt zudem auch grotesk, wenn man etwa das neugebaute Ensemble der Regierungsgebäude betrachtet, das eingezäunt und bezugsfertig am Stadtrand liegt. Libyens Präsident Muammar al-Gaddafi hat die Anlage für sämtliche Ministerien der malischen Regierung bauen lassen. Hinzu kommen riesige Hotelkomplexe, die das Ufer des Nigers säumen. Ihre Namen zeugen davon, wer hier investiert hat: „Libya Hotel“ heißt es da vor Pool-Landschaften und künstlichen Palmenanlagen.

Der libysche Einfluss im Sahelstaat geht aber noch tiefer. Im Nigerdelta, in der Region Office du Niger, der fruchtbarsten und wichtigsten Landwirtschaftsregion des Landes, hat das libysche Unternehmen MALIBYA für die nächsten 50 Jahre rund 100.000 Hektar Land gepachtet. Libyen will hier zukünftig 25.000 Tonnen Reis pro Jahr für den Eigenbedarf ernten, um sich von teuren Importen unabhängig zu machen. Dass den besagten Boden bislang Tausende Bauerngemeinschaften bestellen, ist da von sekundärer Bedeutung.

„Gaddafi spricht von Panafrikanismus und nimmt unseren Bauern im

# uchten

gleichen Atemzug die Erde weg, von der sie leben“, so Ousmane Diarra, Präsident der AME in seiner Eröffnungsrede zum Auftakt der seit

2007 von der AME durchgeführten Mobilisierungstage in Bamako.

## Mobilisierung von unten

Die zeitliche Nähe zum fünfzigsten Jahrestag der Unabhängigkeit Malis bestimmt die diesjährige Thematik der Aktionen: „Entwicklung und Migration – 50 Jahre nach der Unabhängigkeit“. Libyen bietet dabei mehrfachen Diskussionsstoff. Es geht nicht nur um das Bodenleasing, sondern Gaddafi schließt mit aller Gewalt im nördlichen Maghreb auch die Fluchtrouten der subsaharischen Migranten. Der Oberst lässt sich seine Rolle als Wächter vor der Wohlstandsinsel Europa mit finanziellen und technischen Gegenleistungen honorieren.

Auch einzelne der ca. 100 Gäste, die sich unter den u-förmig angeordneten offenen Zelten der AME einfinden, tragen das Logo der Fünfzigjahrfeier auf ihrer Kleidung. Zum Feiern aber sehen sie



wenig Anlass. Aus den unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen sind sie zu den Mobilisierungstagen gekommen, um den Blick in die Zukunft zu richten und zu fragen: „Wie sollen unsere nächsten fünfzig Jahre aussehen?“ Mali ist der drittgrößte Goldproduzent Afrikas und zugleich das viertärmste Land der Welt. Dass zwischen der Ausbeutung der malischen Ressourcen und der Migration innerhalb Afrikas oder ins europäische Ausland ein Zusammenhang besteht, darin sind sich die Anwesenden einig.

Die Diskussionen geben Einblick in die verschiedenen Kämpfe rund um den Zugang zu den Bodenschätzen des Landes. Doch nicht allein die aktuellen Vertreibungen durch ausländische Multis führen in den ländlichen Gebieten zu massenhafter Perspektivlosigkeit. Bereits in den neunziger Jahren wurden die malischen Märkte durch die berühmten Strukturanpassungsprogramme der internationalen Finanzinstitutionen liberalisiert.



Landraub en gros. Libyen  
least malische Reisfelder.  
Foto: medico

## Rechte für alle - hier wie dort

Der moderne Landraub ver-  
treibt die lokalen Produzenten  
oder bietet ihnen bestenfalls  
eine Anstellung als Landar-  
beiter zu erniedrigenden Be-  
dingungen. Die Entrechteten  
verlassen ein Land, dessen  
Rohstoffe von staatlichen In-

Die Privatisierung der Staatsbetriebe im  
Textilsektor führte zu einer Reihe von Ent-  
lassungen und Protesten, die in der Be-  
setzung des Arbeitsamtes mündeten.  
Vertreter der Arbeiter der Baumwollöl-Fa-  
brik HUICOMA berichten von der staatli-  
chen Verfolgung, die ihnen widerfahren  
ist.

Aus den goldreichen Regionen  
Kayes und Sikasso kommen Gewerk-  
schafter und Strei-  
kende. Auch Fas-  
sery Traoré ist  
aufgebracht. Er ist  
als Sprecher der  
Streikenden einer  
der größten Gold-  
minen des Landes  
hierher gekom-  
men. Die Steuer-  
erleichterungen,  
die die malische  
Regierung den Minenunternehmen ge-  
währt, sind für ihn ein Skandal: „Wie kann  
ein Staat seine Rohstoffe verschleudern?  
Wie kann ein Armer einen Reichen der-  
maßen begünstigen?“ Dass viele junge  
Maliern eben jene rohstoffreichen Regio-  
nen verlassen, wundert ihn angesichts der  
schlechten Arbeitsbedingungen und der  
grassierenden Umweltzerstörung in den  
Minengebieten kaum.

vestoren und internationalen Multis ge-  
plündert werden und das seiner eige-  
nen Bevölkerung kaum noch eine Zukunft  
bieten kann. Aber viele der neuen Migran-  
ten kehren zwangsweise zurück: Europa  
und reiche Länder wie Libyen haben zwar  
an Afrikas Ressourcen, nicht aber an  
seinen Menschen Interesse. Die Mobili-  
sierungstage des medico-Partners AME  
verdeutlichten, dass der Zusammenhang

### Projektstichwort

medico unterstützt nicht allein die Mobilisierungstage der Asso-  
ciation Malienne des Expulsés (AME). Ihre Spenden ermögli-  
chen auch, dass unser Partner weiter am Flughafen von  
Bamako präsent ist, um den aus Europa Abgeschobenen eine  
erste solidarische Hilfe zukommen zu lassen. Das Stichwort  
lautet: **Migration.**

von Migration und Entwicklung zum Ge-  
genstand alternativer Entwürfe werden  
muss. Viele Anstrengungen sind nötig, um  
im eigenen Land eine Perspektive zu er-  
öffnen. Zugleich gilt es, das Recht derer  
zu verteidigen, die ihr Glück woanders  
suchen. Die wirkliche Unabhängigkeit ist  
noch weit. ■



# Wer kann Haiti aufbauen?

Im Land des Informellen / Von Uli Mercker

*Vor 15 Jahren war der Lateinamerikakenner Uli Mercker zum letzten Mal in Haiti. Damals noch als glühender Verehrer von Präsident Aristide, der als emanzipatorische Hoffnung erschien.*

*15 Jahre später, wenige Wochen vor der Präsidentschaftswahl sucht Mercker in Haiti eine Antwort auf die Frage, wo die Ressourcen für einen Neuanfang liegen könnten.*



Das zerrüttete Leben. Nelvis Clerger hatte sein Haus in Carrefour fachmännisch gebaut. Das Erdbeben zerstörte alles und tötete eine seiner Töchter. Seine Frau Elvire zog mit den Kindern aufs Land. Nelvis muss nun 11 Stunden mit dem Bus und zwei weitere per Anhalter fahren, um sie zu sehen. Alle Fotos: Kadir van Lohuizen/NOOR

**D**ie vergangenen 10 Monate seit dem verheerenden Erdbeben am 12. Januar 2010 sind von einer bis dahin ungekannten Welle der internationalen Hilfsbereitschaft mit Haiti gekennzeichnet. Es ist, als habe die Welt auf einmal gemerkt, dass die Dinge auf dieser halben Insel nicht gut gelaufen sind, dass ein Neustart erforderlich ist, um aus dem Kreislauf des ewig sich reproduzierenden Elends auszubrechen.

Das apokalyptische Ausmaß der Zerstörung in der südlichen Hälfte Haitis hat jedoch mehr als Betroffenheit ausgelöst. Es ist bis in die Tiefen des Unterbewusstseins vorgedrungen, wurde doch sehr schnell erkennbar, dass hier nicht nur ein furchtbares Unglück geschehen ist, sondern dass die Katastrophe auf eine Bevölkerung getroffen war, die systematisch seit Jahrzehnten am Erreichen eines wenn auch nur minimalen Glückszustandes gehindert wurde.

### **Regierung findet nicht statt**

Zehn Monate nach dem Beben scheint sich die haitianische Gesellschaft noch in einem nervösen Schockzustand zu befinden. Regierung findet so gut wie nicht statt. Der noch amtierende Präsident hält sich häufig im Ausland auf oder empfängt ausländische Staatsgäste. Sein Kabinett ist mit wenig Erfolg bemüht, den Anschein verantwortlichen Regierungshandelns zu wahren. In dosierter Form werden Anlässe genutzt oder geschaffen, die die Fieberkurve in der Bevölkerung vorübergehend ansteigen lassen.

So war es zuletzt der Wahlkampf, der in den Medien für Unterhaltung sowie im Straßenbild an Bauzäunen für eine Unzahl freundlich lächelnder Köpfe sorgte und zumindest einen Teil der Gemüter zu erregen vermochte. Die große

Mehrheit der Haitianerinnen und Haitianer nahm allerdings von dem geschäftigen Wahlkampftreiben bisher wenig Notiz. Die Erwartungen an eine neue Regierung aus der sattsam bekannten politischen „Elite“ des Landes sind denkbar gering. Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre sind auch nicht dazu angetan, Hoffnungen auf eine verantwortliche Führung der Regierungsgeschäfte zu wecken. Geschäfte wurden zwar im Übermaß gemacht, regiert wurde dagegen weniger.

Angesichts der Milliarden Dollar, die aus den Zusagen der internationalen Gebergemeinschaft für das Land zu erwarten sind, wird der geschäftliche Instinkt der gegenwärtigen und zukünftigen Machthaber noch einmal zusätzlich geweckt. Die mangelnde Transparenz bei der Vergabe großer Investitionsprojekte an ausländische Unternehmen spricht für sich.

Mit dem Volk spricht hingegen niemand. Es ist auf sich allein gestellt, führungslos, orientierungslos, ohne eigenes Projekt. Da sind immer noch die 1.300 Zeltlager, die von über einer Million Obdachloser bevölkert werden. Über deren weiteres Schicksal kann bisher kein Mensch eine erschöpfende Auskunft geben. Eine Unterorganisation der UN, die OIM (Organisation International de Migration), die für die Verwaltung der Lager zuständig ist, hat jüngst der Öffentlichkeit einen – von Kennern der Szene als unseriös bezeichneten – Zensus präsentiert, wonach sich angeblich nur noch ca. 700.000 Bewohner in den Zeltlagern befinden. Welche Zahlen auch immer gehandelt werden, es steht zu vermuten, dass sich die Haitianer niemals zählen lassen. Das hohe Maß an Fluktuation, das in den Lagern herrscht, die Wanderungsbewegungen zwischen den einzelnen Lagern und zwischen Lagern und Bidonvilles

(ohne Wasserversorgung und Strom) wird kaum je von irgendwelchen Zensoren nachvollzogen werden können .

### Elend in der Sonnenstadt

Da sind die bereits angesprochenen Elendsviertel oder Bidonvilles mit so wohlklingenden Namen wie Bel Air (Gute Luft) oder Cité Soleil (Sonnenstadt), die in Müll und Kloaken zu ertrinken drohen, für die das Menschenrecht auf menschenwürdigen Wohnraum nie gegolten hat, mit gut einer weiteren Million Bewohnern. Da sind die vielen kleinen Vororte, die – wild besiedelt – noch gar keinen offiziellen Namen tragen, aus denen allmorgendlich vor Sonnenaufgang Heerscharen in die Hauptstadt strömen, um irgendein Shampoo oder ein paar Avocados auf den dortigen „Märkten“ zu verkaufen. Und da sind die vielen Tausend „workers for cash“, die von großen Hilfswerken für Ab- und Aufräumarbeiten vorübergehend eingestellt

werden, zu Mindestlöhnen um die 3 US-Dollar am Tag. Und die Vielzahl der Menschen, die von der Präsenz der auf über 1.000 geschätzten internationalen NGOs und der beachtlichen Menge an UN-Mitarbeitern profitieren; durch eine Anstellung als Fahrer, Übersetzer, Haus- und Wachpersonal, u.v.a..

Haiti war schon seit den 1990er Jahren ein Tummelplatz für unverhältnismäßig viele internationale NGO. Den Titel „NGO-Republik“ erhielt das Land spätestens mit dem Amtsantritt der Premierministerin Michelle Pierre-Louis, der Geschäftsführerin der einflussreichen, vom Spekulations-Milliardär George Soros ins Leben gerufenen Stiftung FOKAL (Fondation Culture Ak Libeté). Sie wurde nach langem Tauziehen als Nachfolgerin des 2008 abberufenen Premierministers Jacques Edouard Alexis von Preval ins Amt berufen. Alexis war durch die Hungerrevolten im Frühjahr 2008 beim Volk angeblich in Ungnade gefallen und wurde als





Bauernopfer von der Regierung Preval aus dem Spiel genommen. Heute gehört er als unabhängiger Kandidat zu den Favoriten im Rennen um das Präsidentenamt. Frau Pierre-Louis hingegen trat nach anderthalb Jahren völlig entnervt und enttäuscht von dem Ausmaß an Korruption im Staatsapparat mit einem Teil ihrer Ministerriege zurück.

### Republik der NGOs

Nach dem Erdbeben verdreifachte sich die Zahl der ins Land strömenden Hilfsorganisationen auf über 1.000. Sie alle hatten und haben wahrscheinlich nur Gutes im Sinn. In der völlig unübersichtlichen Situation unmittelbar nach dem Erdbeben haben zweifellos viele von ihnen zur Vermeidung schlimmerer Auswirkungen der Katastrophe beigetragen, mit Hand angelegt bei der Versorgung von Opfern und bei der Verteilung von Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten. Es ging um schnelle und effektive Nothilfe, um die Be-

reitstellung von technischem Gerät und entsprechendem Know-How, von Transportmitteln, Nahrungsmittelvorräten für die vom Hinterland abgeschnittenen Hauptstadtbevölkerinnen und -bewohner. In den ersten Tagen waren es die Haitianer selbst, die so gut sie konnten, Menschen aus den Trümmern befreiten, die den Helfern die Wege wiesen, die sich in Nachbarschaftskomitees spontan organisierten und für ein Minimum an Ordnung sorgten.

Bald jedoch beherrschten militärische Formationen das Straßenbild, bewachten die Ausgabestellen für Wasser und Nahrungsmittel, vermittelten den Einheimischen den Eindruck, dass sie vor sich selbst geschützt werden müssen. Auch heute herrscht bei uns noch der Eindruck vor, dass die Haitianerinnen und Haitianer selbst nicht wissen, wie sie dem Land eine neue Form geben können, dass sie auf unabsehbare Zeit bei der Organisation des zerrütteten Landes auf Hilfe von außen angewiesen sein werden.

## Ohnmacht und Entfähigung

Derweil geht die Zerrüttung allerdings ungebremst weiter. Neben den schwer zu verarbeitenden traumatischen Erlebnissen und Verlusten vieler geliebter Menschen setzt sich in der haitianischen Gesellschaft in weiten Teilen ein Gefühl der Ohnmacht und Entfähigung fest, der Nährboden für die Entstehung von Bittstellermentalitäten. Fast unvorstellbar in einem Volk, das um seine Vergangenheit als erste freie Sklavenrepublik weiß.

Die Macht des Faktischen schafft allerdings Strukturen, die verheerende Wirkung zeigen. Die Organisation der Gesellschaft wird von außen vorgenommen, im Schnelldurchgang werden Fachkräfte in allen wichtigen Bereichen ausgebildet, die Führungsaufgaben übernehmen können und zugleich als notwendige Zwischenglieder im zukünftigen Aufbauprozess fungieren werden. Damit einhergehend werden Einkommensstrukturen erzeugt, die die Spaltung der Gesellschaft noch zusätzlich vertiefen. Schon heute hat der Staat Mühe qualifizierte Mitarbeiter in den Ministerien zu halten, da er mit den Gehältern ausländischer Organisationen nicht konkurrieren kann. Preise geraten außer Kontrolle. In der haitianischen Hauptstadt werden mitunter Mieten gezahlt, die manche europäische Metropole als Mieterparadies erscheinen lassen.

Die wenigen befahrbaren Straßen der 3-Millionen-Metropole sind in der Regel hoffnungslos überfüllt mit Fahrzeugen aller Art: mit Muskelkraft gezogene, aus Holz gezimmerte überdimensionierte Sackkarren bahnen sich vor allem im Stadtzentrum zwischen den Abertausenden Kleinhändlern mühsam ihren Weg und werden dabei wohlweislich von den motorisierten Fahrzeugen umfahren, klap-

prige LKW, die z.T. als Personentransporter fungieren, tuckern durch die Schlaglöcher, ebenso die dichte Rauchschwaden hinter sich lassenden Tap-Taps, jene grell bemalten Kollektivtaxi, denen man kaum das Erreichen der nächsten Kreuzung zutrauen möchte, gepanzerte Mannschaftswagen der UN-Blauhelme und immer wieder und überall schicke Jeeps mit den Logos der versammelten internationalen Helfergemeinschaft, auffallend häufig die Fahrzeuge von „Ärzte ohne Grenzen“ oder auch der massiv vertretenen amerikanischen parastaatlichen Agentur USAID. Da tagsüber für die großräumigen Trümmertransporter ohnehin kein Durchkommen ist, bewegen sie die in mühevoller Kleinarbeit mit Schubkarren an den Straßenrändern aufgehäuften Schuttmen genachts zu den eigens dafür deklarierten Deponien.

Eine nachhaltige Reparatur des Straßennetzes kann natürlich auf diese Weise nicht gelingen, zumal die gelegentlich sintflutartigen Regenfälle neue Gräben und klaffende Löcher hinterlassen. Eine solche zwangsweise verkehrsberuhigte Mobilität hat natürlich einen unschätzbaren Vorteil: Es passieren relativ wenige Unfälle mit Personenschaden, selbst die Blechschäden halten sich dank traumawandlerischer Präzisionsarbeit der meisten Fahrer in Grenzen.

## Land ohne Staat

Der haitianische Staat hat eigentlich nie existiert, zumindest ist er nie über den Status des Despotismus hinausgekommen. Seit der proklamierten Unabhängigkeit 1804 fanden ununterbrochen Machtkämpfe zwischen den kreolischen Eliten des Nordens und des Südens statt, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur 20 Jahre währenden Besetzung durch die USA

führten und anschließend in die totalitäre Diktatur der Duvaliers mündete. Der erste und einzige Versuch, eine durch demokratische Wahlen legitimierte Regierung im Februar 1991 an die Macht zu bringen, wurde nach 7 Monaten gewaltsam abgebrochen und konnte seither nicht wieder aufgelegt werden. Sämtliche Wahlgänge standen seitdem im Ruch der Manipulation und fehlender Wahlbeteiligung. Wie sollen sich unter solchen Bedingungen staatliche Institutionen herausbilden, die ein Minimum an Kontinuität und Kompetenz, Glaubwürdigkeit und rechtsstaatlichen Garantien gewährleisten? Eine Staatsführung, die den Staat als geschäftsführenden Ausschuss der nationalen ökonomischen und politischen Mächteliten begreift und dabei auch gerne selbst in die Schatulle fasst, die zugleich aber auch traditionell eine panische Angst vor einem „kaum zu bändigenden Volk“ empfindet, das nur auf seine Chance warte, es den Mächtigen heimzuzahlen, ist nicht nur in Haiti sehr ausgeprägt. Sie ist ein allgemeines



Kennzeichen von Gesellschaften, die über Jahrhunderte durch repressive Regimes geknebelt waren.

### Subjekte der Geschichte

Vielleicht ist diese Sichtweise aber auch nur der Voreingenommenheit eines in klassischen Organisationsmodellen denkenden Angehörigen einer westlichen Industriemacht geschuldet, die durch eine

## medico-Förderungen in Haiti

### Drei Beispiele

**H**aiti kann nicht von außen aufgebaut werden. Es muss sich selbst aufbauen. Das ist der inhaltliche Ausgangspunkt des nebenstehenden Textes. Wie aber können die Menschen in Haiti diesen Prozess selbst in die Hand nehmen und bestimmen, wenn sie sich im alltäglichen

Ringens ums Überleben erschöpfen? In einer auf Emanzipation ausgerichteten Projekt- und Partnerförderung, wie sie medico sich zum Prinzip gemacht hat, entsteht daraus ein Dilemma: Partner zu finden, die trotz der Umstände handlungsfähig sind und über eine stabile Struktur verfügen, oder Partner



lange Geschichte der Arbeiterbewegung geprägt ist.

Haiti ist nicht zuletzt gerade aufgrund seines „Hineingeworfenseins“ in die Geschichte der westlichen Zivilisationen ein durch und durch informelles Gebilde. Der Staat ist ein informeller, die Wirtschaft ist zu 90% eine informelle. Es gibt keine festgefühten Parteistrukturen. Die Voodoo-Kirche, der sich die Mehrheit der Haitianer zugehörig fühlt, kennt keine formelle

Hierarchie. Auf welcher Grundlage sollen unter diesen Bedingungen formelle Organisationsstrukturen entstehen? Und doch haben die Haitianer im Laufe ihrer Geschichte immer wieder bewiesen, dass sie auf für Außenstehende oft unerklärliche Weise zur kollektiven Aktion fähig sind und sich in Subjekte der Geschichte verwandeln. Meist bedurfte es nur eines Funkens, der das Land und seine Bewohner in einer kollektiven Aktion zu neuen Ufern aufbrechen ließ. Das war so in dem Befreiungskrieg von 1791-1804, es geschah erneut in den Jahren vor der endgültigen Vertreibung von Jean Claude Duvalier und es setzte sich in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts fort in der Bewegung Lavalas, die verschiedene Gesellschaftsgruppen unter einem Dach vereinigte.

Heute aber ist diese Bewegung längst atomisiert, in tausend Splittergruppen fragmentiert und verfügt nicht über die notwendigen Führungsfiguren, die in der Lage wären, einer „volonté general“ zum Ausdruck zu verhelfen. Am konsistentesten sind dabei noch die regionalen Bauernorganisationen, die die Interessen der Landbevölkerung auf einen gemeinsamen Nenner bringen können. Gegenüber dem

so behutsam zu fördern, dass sie zum eigenständigen und selbstbestimmten Handeln befähigt werden. Denn Nachhaltigkeit kann nur entstehen, wenn sich haitianische Strukturen entwickeln, die auch dann noch lebensfähig sind, wenn die „Geber“ weiter gezogen sind. Dass ausländische NGOs hierbei durchaus eine ambivalente Rolle spielen können, ist aus vielen Krisensituationen bekannt.

medico ist sich dieser schwierigen eigenen Rolle bewusst. Wir verfolgen deshalb drei Schwerpunkte, mit denen wir be-

reits in der Vergangenheit gute Erfahrungen bei der Bewältigung von Katastrophen gemacht haben:

Wir fördern Gemeindeentwicklung über lokale Initiativen, die Bedarf und Notwendigkeit von Maßnahmen des Wiederaufbaus feststellen, abstimmen und organisieren; wir helfen bei der Entwicklung von Basisgesundheitsfürsorge, das heißt der Förderung lokaler gesundheitlicher Ausbildung und Infrastruktur; und wir betreiben einen aktiven Süd-Süd-Austausch, wir vermitteln die Erfahrungen von Menschen und



urbanen zentralistischen Machtapparat in der „Republik Port-au-Prince“ haben sie es allerdings schwer, sich Gehör zu verschaffen.

## Belastung und Dauerstress

In Gesprächen mit führenden Vertretern sozialer Organisationen in der Hauptstadt verstärkte sich mein Eindruck, dass der Organisationsgrad der städtischen sozialen Bewegungen sehr gering ist. Angesichts millionenfachen Elends mag dies überraschen, ist aber auch leicht erklärbar: Es ist die Kombination von extremer physischer Belastung und psychischem Dauerstress, die sich verdichtet zu einem energieraubenden Überlebenskampf jedes Einzelnen, der für zusätzliche Aktivitäten wie Versammlungen oder Kundgebungen kaum Raum und Zeit lässt. Die physische Belastung rührt von den äußerst prekären Transportbedingungen in einer Millionenstadt, die jeden Gang zu einem wie auch immer gearteten Arbeitsplatz und die Rückkehr nach Hause zu einer Strapaze ohnegleichen machen. Der psychische Stress ist auf die immer noch tiefstehende Angst vor einem erneuten „Goudou-Goudou“ (diesen Namen haben

die Haitianer dem das Beben ankündigenden unterirdischen Grollen gegeben) zurückzuführen, auf die Ungewissheit, ob die zu Märkte getragene Ware (inkl. Arbeitskraft) denn heute einen Käufer finden wird, und auf die aus anhaltender Frustration genährte Gewaltbereitschaft, der man überall begegnen kann.

Außer sich wiederholender Denunziation einer unhaltbaren Situation (z.B. in den Flüchtlingslagern, oder der Untätigkeit der Regierung in Menschenrechtsangelegenheiten) und Kritik an den (unter fragwürdigen Bedingungen organisierten) anstehenden Wahlen können die haitianischen sozialen Organisationen den Menschen wenig Erfolgversprechendes anbieten. Im Gegensatz zu den ausländischen NGO verfügen sie nicht über die Mittel, um konkrete notlindernde Maßnahmen durchzuführen. Sie können agitieren, aber nicht agieren. Der Spielraum für wirkungsvolle Agitation ist jedoch auch nur begrenzt, Medien stehen nur bedingt zur Verfügung, Versammlungsräume schon gar nicht.

## Agitieren aber nicht agieren

Es gibt bisher keinen erkennbaren eini-



Initiativen aus anderen Ländern, die sich in einer ähnlichen sozialen und wirtschaftlichen Lage befinden. Hier drei Beispiele für die genannten Schwerpunkte:

### Kommunale Entwicklung:

Unter der Ägide des Bürgerkomitees im Armenviertel Cité 9 finanziert medico den Wiederaufbau einer Brücke, die das 85.000 Einwohner-Viertel mit Port-au-Prince verbindet. Sie ist der einzige Zugang zur kommunalen Infrastruktur. Das Komitee kümmert

sich um die Bauarbeiter, die ingenieur-technische Expertise, die Einbindung in die Stadtplanung. Gesamtkosten: 88.000 Euro

### Basisesundheitsfürsorge:

medico unterstützt die Arbeit der haitianischen Gesundheitsorganisation SOE in der Provinz Artibonite, in der jetzt gerade die Cholera ausgebrochen ist. Neben akuten Maßnahmen zur Bekämpfung der Cholera, werden die lokalen Gesundheitsstationen neu ausgerüstet, das lokale Personal weiter-





genden Diskurs, der greifbare Ziele für die nahe und mittlere Zukunft des Landes benennt. Begriffe, die allenthalben die Runde machen, sind: Neugründung des Staates, Dezentralisierung, Chance zur Modernisierung, Besinnung auf die eigenen Ressourcen, Stärkung des Agrarsektors. Wie diese Begriffe zu füllen sind, darüber herrscht jedoch weitgehend Unklarheit. Was für ein neuer Staat soll da entstehen?

Wie weit soll die proklamierte Dezentralisierung gehen? Welche Form der Modernisierung ist in einem Land mit skandalös hoher Analphabetenrate denkbar? Auf welche Ressourcen soll zurückgegriffen werden? Und wie kann in dem weitgehend entwaldeten Land mit wenig fruchtbaren Böden der Agrarsektor gestärkt werden?

Camille Chalmers, der Sprecher einer Plattform für eine alternative Entwicklung Haitis, ist sich darüber im Klaren, dass die sozialen Bewegungen noch einen langen Weg vor sich haben, bevor sie in entscheidender Weise auf die Geschehnisse des Landes Einfluss nehmen können. Die in der Plattform versammelten Organisationen konzentrieren sich zunächst einmal auf die Durchführung regionaler Versammlungen, auf denen Prioritäten festgelegt werden, die in eine nationale Versammlung einfließen, in der dann eine abgestimmte Strategie herausgearbeitet werden soll. Sie hoffen, bis zum Frühjahr 2011 so weit zu sein, um der dann neu konstituierten Regierung ein in sich schlüssiges Programm der Volksbewegung entgegenhalten zu können. ■

gebildet, mobile Praxen mit Ärzten und Pflegepersonal eingerichtet. Der Projektumfang beträgt 462.00 Euro.

Die Laufzeit des Projektes ist geplant von Mai 2010 bis April 2013. Darüber hinaus wurden Mittel für die Cholera-Bekämpfung in Höhe von 15.000 Euro zur Verfügung gestellt.

### Süd-Süd-Austausch:

Er begann mit der Nothilfe, die maßgeblich Gesundheitskollegen aus der Dominikani-

schen Republik geleistet haben. Er setzt sich fort mit der Arbeit von Gesundheitspromotoren aus dem ausgegrenzten Norden Guatemalas, deren Spezialität die Zahngesundheit ist. Mittlerweile ist eine zweite Brigade vor Ort gewesen und sind die ersten Haitianer ausgewählt worden, die an einem Ausbildungskurs für Gesundheit und Zahngesundheit teilnehmen werden. Die guatemaltekischen Brigaden wurden bislang mit 65.000 Euro unterstützt.

**Das Spendenstichwort lautet: Haiti.**

Antigua • Playa Grande • Copan • Tikal • Atitlan-See • Guatemala-Stadt

## Reisen mit medico

### Guatemala: Partner und Projekte wider die Gewalt



Jugendgruppe des medico-Partners ACCSS. Foto: medico

**G**uatemala gilt als das schönste Land Mittelamerikas – voller historischer und landschaftlicher Sehenswürdigkeiten. Doch Staat, Politik und Gesellschaft versinken seit Jahrzehnten in extremer Gewalt. Hochgerechnet auf die Bevölkerung ist Guatemala heute das gewalttätigste Land der Region. Eine jahrzehntelange Geschichte aus Militärdiktaturen, ausländischen Interventionen, Bürgerkriegen, rassistisch motivierter Gewalt gegen die indigene Bevölkerung und das Phänomen der Straflosigkeit bei Kapitalverbrechen sind mögliche Ursachenbeschreibungen. Initiativen, die Alternativen entwickeln, haben es unter diesen Umständen schwer, aber es gibt sie. Nach dem Ende des Bürgerkrieges haben sie sich in vielfältiger Form an der Basis entwickelt: Ihre Projekte reichen von der Gesundheitsfürsorge im ländlichen Bereich, über die therapeutische und menschenrechtliche Arbeit mit Überlebenden von Massakern, bis zu Initiativen, die sich mit der Landfrage und dem Agrobü-

siness auseinandersetzen. Sie alle eint die Forderung nach einer juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der vergangenen Verbrechen, um der allgegenwärtigen Straflosigkeit ein Ende zu setzen.

Die Reise wird geleitet von Dieter Müller, dem Zentralamerika-Vertreter der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international. Seit über 30 Jahren ist medico in Guatemala aktiv. Viele der besuchten Projekte werden seit Jahren von Dieter Müller betreut, für den Guatemala zur zweiten Heimat geworden ist und der weiß, wie man sich im Land sicher bewegt. Die Reise führt auch zu den atemberaubenden Schönheiten von Guatemala. Die weltberühmten Maya-Kultstätten in Tikal und Copan, der von Vulkanen umgebene Atitlan-See und das beschauliche Kolonial-Städtchen Antigua gehören zu den touristischen Highlights der Reise. Geplant ist die Reise vom 11. - 26. Februar 2012. Veranstaltet wird sie von medico international gemeinsam mit den taz-Reisen in die Zivilgesellschaft.

Weitere Informationen zu Reiseablauf, Preis und Anmeldung finden Sie auf [www.taz.de/tazreisen](http://www.taz.de/tazreisen). Für Nachfragen können Sie sich auch an die medico-Kollegin Gudrun Kortas wenden, die die Reise von hier aus koordiniert, Tel.: 069-9443828, [kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de). ■



## Nie wieder Weltmeister?

Eine Abkehr von der Exportorientierung ist denkbar und entwicklungspolitisch nützlich

**D**ie Bundesregierung hat nach Vorlage des Wirtschaftsministeriums im Oktober diesen Jahres die Sicherung des Zugriffs auf strategische Rohstoffe zu oberster Priorität erklärt. In dem Strategiepapier heißt es, dass die Regierung die Industrie bei der Sicherung der Rohstoffe unterstützen wolle. Notfalls sei dies auch militärisch durchzusetzen, wie Verteidigungsminister Guttenberg erklärte.

Zu dieser vehementen Entschlossenheit, deutsche Wirtschaftsinteressen absolut zu priorisieren passt die Diagnose des Ökonomen John Hilary. Deutschland betreibe innerhalb der EU die aggressivste Handelspolitik. Seine Kritik äußerte er auf der Tagung *Nie wieder Weltmeister?!*, die mit medico-Beteiligung Anfang November in Berlin stattfand. Organisiert von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) verständigten sich

globalisierungskritische Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen über die Frage, wie Alternativen zur bisherigen deutschen Handelspolitik aussehen könnten. Überlegungen zur Abkehr vom Exportwahn wurden verbunden mit der Frage: Wie können Entwicklungschancen für den Süden und eine sozial-ökologische Umkehr im Norden verbunden werden?

Kritisch setzt sich auch ein von medico unterstütztes NGO-Papier mit der Rohstoffstrategie der Bundesregierung auseinander. Es fordert ein grundlegendes ökologisches Umdenken, um die Abhängigkeit von Rohstoffen zu reduzieren. Die Regierung wird aufgefordert, auf den Import von Konfliktressourcen zu verzichten sowie sich glaubwürdig für den Schutz von Menschenrechten und die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Auftragsvergabe einzusetzen. ■

# Von der Bürgerinitiative zur B

## 20 Jahre Kampagne gegen Landminen



**D**em ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan galt die „Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen“ (ICBL) als „erfolgreichste Bürgerinitiative“ der Welt. Tatsächlich ist es ihr gelungen, das, was sie sich vorgenommen hat, nämlich Minen und minenähnliche Waffen weltweit zu ächten, weitgehend durchzusetzen. Heute gibt es wohl kein anderes Waffensystem, das öffentlich so „unten durch“ ist.

Nicht zuletzt das „Aktionsbündnis Landmine.de“, die deutsche Untergliederung der ICBL kann für sich in Anspruch nehmen, einiges zum Verbot von Antipersonenminen, das 1997 in Ottawa beschlossen wurde, sowie zum Verbot von Streumunition (Oslo 2008) beigetragen zu

haben. Das Bündnis, in dem 16 entwicklungspolitische Organisationen über viele Jahre hinweg eng zusammengearbeitet haben, kann nun den Schritt vollziehen, der dem Erreichen von Zielen logisch folgt: sich formell wieder aufzulösen.

Die Auflösung des Aktionsbündnisses bedeutet allerdings nicht das Ende des Engagements gegen Minen. Medico und andere Organisationen, die das Bündnis viele Jahre lang getragen haben, werden die Arbeit fortsetzen und auch weiterhin nach Kräften Projekte zur Minenräumung und der Rehabilitation von Opfern fördern. Auch werden wir darüber wachen, dass die beiden Abkommen eingehalten werden und Vertragsstaaten wie Deutschland nicht nachlassen, jene

# ürgerdiplomatie

Minenräumung in Afghanistan. Foto: Uli Tietze



Mittel bereitzustellen, die zur Erreichung des Ziels einer minenfreien Welt benötigt werden.

## Rückblick

Für den Erfolg der Kampagne, die 1991 von medico zusammen mit der „Vietnam Veterans of America Foundation“ initiiert wurde, gibt es gewiss viele Gründe. Zu den wichtigsten zählt, dass es der ICBL gelungen ist, eine unabhängige „internationale Öffentlichkeit“ aufzubauen, die es vermochte, ein militärisches in ein öffentliches Thema zu wenden. Wir haben uns eingemischt und ließen uns auch nicht von dem Vorwurf entmutigen, wir würden von solchen Dingen nichts verstehen.

In ihrer Hochphase bestand die ICBL aus einem weltweit operierenden Netz von über 60 nationalen Kampagnen, mit Tausenden von aktiven Mitstreitern aus den unterschiedlichsten öffentlichen Zusammenhängen. Amerikanische Human Rights Lawyers gehörten dazu, afghanische Minenräumer, deutsche Entwicklungshelfer, philippinische Menschenrechtler, australische Nonnen, kambodschanische Minenopfer, ehemalige Sprengstoffexperten der britischen Armee und der NVA, Kriegsveteranen, Mediziner, Journalisten, Künstler, Kirchenvertreter aller Glaubensrichtungen, später auch Prinzessinnen, Tatortkommissare, etc.

Fürwahr eine globale „Gegenöffentlichkeit“, die sich mit Unterstützung von universitären und friedenspolitischen Einrichtungen schließlich auch das aneignete, was die Grundlage jeder erfolgreichen Kampagnenarbeit ist: eine überzeugende „Gegenexpertise“.

Es gelang, über alle Ländergrenzen und sozialen Schranken hinweg, einen weltgesellschaftlichen Einspruch zu formulieren, an dem schließlich auch nationale Regierungen nicht mehr vorbei kamen.

## Gegenöffentlichkeit

Seit 1991, seit dem Beginn der Minenkampagne, hat sich vieles verändert. Die Zahl der Menschen, die durch Minen getötet oder verstümmelt werden, konnte drastisch gesenkt werden, und auch wenn noch nirgendwo völlige Entwarnung gegeben werden kann, kehrt doch langsam das Leben in die ehemals minenverseuchten Gebiete wieder zurück. Dass heute weltweit großflächig Minen geräumt werden, ist aber auch das Verdienst eines unterdessen entstandenen Netzes von Ins-

titionen, die über alle Grenzen hinweg für die Umsetzung des Ottawa-Vertrages sorgen.

Der Druck, den die ICBL in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten entfaltet hat, führte eben nicht nur zur Setzung einer neuen internationalen Norm: der völkerrechtlichen Ächtung von Minen, sondern hat auch jene administrativ-institutionelle Struktur entstehen lassen, ohne die das Zurückdrängen der Minengefahren nicht möglich wäre. Administration klingt wenig spektakulär, nicht sonderlich attraktiv, und doch steht außer Frage, dass für die Verwirklichung eines menschenwürdigen Lebens, neben entsprechenden gesellschaftlichen Übereinkünften, auch verlässliche gesellschaftliche Institutionen notwendig sind.

Das galt und gilt auch für das Ottawa-Abkommen. Zu den Institutionen, die sich seit der Unterzeichnung des Abkommens herausgebildet haben, zählen regelmäßig tagende Vertragsstaatenkonferenzen, die sich um die politische Umsetzung der Vertragsbestimmungen kümmern; zivilgesellschaftliche Watch-Dienste, wie der „Landmine Monitor“, die über die Einhaltung der Beschlüsse wachen; der bei den Vereinten Nationen eingerichtete „UN-Mines Action Service“ (UNMAS), der die in aller Welt forcierten Minenaufklärungs- und Minenräumprogramme koordiniert; das in der Schweiz angesiedelte zwischenstaatliche „Geneva International Center for Humanitarian Demining“ (GICHD), das notwendige Beistellungen leistet, geeignete Minenräumkonzepte entwickelte und entsprechende „Standard Operation Procedures“ und Qualitätsstandards erarbeitete. Auch das klingt nach überflüssiger Bürokratie, doch sind es nicht zuletzt solche Qualitätsstandards, die am Ende über Leben und Tod entscheiden.

Bei aller Kritik, die an Verwaltungsapparaten aufgrund ihrer Tendenz zu bürokratischer Verselbständigung zu führen ist, gehört es doch zur Erfolgsgeschichte der ICBL, auf die Einrichtung solcher Institutionen gedrungen zu haben. Und es war harte Überzeugungsarbeit notwendig, eine Form von „Bürgerdiplomatie“, um einzelne Vertragsstaaten, darunter Deutschland, auf multilaterale Aktivitäten im Kontext von Minenräumung und Opferhilfe zu verpflichten.

Es ist gut, dass sich im Kontext der Umsetzung des Ottawa-Abkommens, sozusagen gegenläufig zur neoliberalen Infragestellung von multilateralem Engagement, eine internationale Kooperation herausgebildet hat. Die ist heute unter dem Dach der Vereinten Nationen angesiedelt und sorgt dafür, dass Minenaktionsprogramme allein an humanitären Zielsetzungen ausgerichtet werden. Wie notwendig ein solches multilaterales Engagement ist, zeigt sich nicht zuletzt im heutigen Afghanistan, wo die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre in dem Maße wieder aufs Spiel gesetzt wird, wie sie von partikularen militärischen Strategien, heißen sie nun „comprehensive approach“ oder „Vernetzte Sicherheit“, überlagert wird.

Von verlässlichen, dem Gemeinwohl verpflichteten Institutionen war vor 20 Jahren noch keine Spur. Im Gegenteil: es war die skandalöse Tatenlosigkeit der Staatenwelt, auf die NGOs mit privaten Hilfsprojekten und schließlich auch der Minenkampagne reagierten. Dabei ging es uns selbstverständlich nicht darum, die staatlichen Institutionen von ihren Verpflichtungen zu entlasten, sondern das Staatsversagen bei der Beantwortung sozialer und humanitärer Katastrophen anzuprangern. ■

## **Afghanistan: Spürnasen gegen Landminen**

Der Konflikt in Afghanistan hat mit Millionen Minen und Blindgängern Spuren hinterlassen, die heute für die Bevölkerung eine große Gefahr darstellen. Damit Felder, Schulen und Straßen wieder in Stand gesetzt und in vollem Umfang genutzt werden

können, ist es nötig, die Sprengkörper in den von der Bevölkerung genutzten Gebieten zu entfernen. MDC hat 1.500 afghanische Mitarbeiter und bildet Minensuchhunde aus, die mit ihrem feinen Geruchssinn Minen aufspüren.

## **Kolumbien: Alltäglicher Minenkrieg**

Der gewaltsame Konflikt in Kolumbien kommt nicht zum Ende. Die militärische Strategie der Regierung, den Kampf im unmittelbaren Lebensraum der Bevölkerung zu führen, hat fatale Folgen. Kolumbien weist mittlerweile die höchsten Minen- und

Blindgängerunfallraten weltweit auf. medico-Partner Tierra de Paz stellt den Schutz von Kindern in den Mittelpunkt: Schulen werden zu konfliktfreien Zonen erklärt und Lehrer werden Minenaufklärer.

## **El Salvador: Prothesen nach dem Solidaritätsprinzip**

PODES bedeutet auf Spanisch „Du kannst“. Hier arbeiten Kriegsversehrte, meist verletzt durch Minen, die während des Krieges verlegt wurden als Prothesentechniker und Verwaltungsfachleute. Sie sind kriegsverwundet und traumatisiert durch die langen Jahre des Kampfes.

Doch bei PODES stellen sie Prothesen, Orthesen und Komponenten her, wie sie internationalen Standards entsprechen, und können damit ihre gesamten Familien versorgen. Eine Erfolgsgeschichte, die auch durch die lange Kooperation mit medico möglich wurde.

## **Sri Lanka: Minenaufklärung schützt Zivilbevölkerung**

In Vanni, dem ehemals von den Tamil Tigers (LTTE) kontrollierten Gebiet, kam es kurz vor dem Ende des Konfliktes zu heftigen Kämpfen. Die Gegend ist großflächig mit Minen und Blindgängern verseucht. Die zurückkehrenden Flüchtlinge sind stark gefährdet, weil sie in ihrer ohnehin schon prekären Lage durch die Minen keinen freien

Zugang zu ihren Feldern haben und nicht über die Minengefahr aufgeklärt wurden. Um weitere Unfälle zu verhindern, klärt CTF über die explosiven Kriegshinterlassenschaften auf und bildet viele Multiplikatoren aus, um das Wissen so breit wie möglich zu streuen.

## **Projektstichwort: Minenopfer**

## Liebe Leserinnen und Leser,

wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen und Materialien zu aktuellen Kampagnen (u.a. Filme, CD-ROMs, Unterschriftenlisten) präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf [www.medico.de](http://www.medico.de). Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

### medico im Überblick



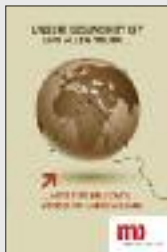
#### Jahresbericht 2009

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



#### Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



#### NEU medico-Kurzvorstellung

(16 Seiten, DIN A6-Heft) Hilfe in der Not ist unumgänglich. Ein politisches Verständnis von Hilfe geht aber darüber hinaus. medico und seine Partner stellen sich in 12 Projektbeispielen vor.

### Materialien zu medico-Kampagnen



#### Die Saat des Krieges Landminen: Kampagne & Projekte

(8 S., Zeitung) Mit Texten zu Streumunition und vielen Aktionsangeboten.



#### Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakat, DIN A1)

Neue medico-Plakate im Praxistest: für Gesundheitszentren, beim Arzt ihres Vertrauens oder an anderen öffentlichen wie privaten Orten. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €),

würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Gesundheit.**

### medico rundschreiben

#### Nummer 02 | 10:

medico-Stiftungssymposium, Migration: Malische Menschenrechtler besuchen das Lager Möhla, Berichte und Reportagen u.a. aus Haiti, Israel und Palästina

#### Nummer 03 | 10:

Dokumentation der Konferenz Global Gerechtes Gesund, Nothilfe Pakistan, weitere Texte zu Sierra Leone, Haiti, Guatemala, Kurdistan



**medico-Stichwörter**



**NEU: Stichwort Haiti**

(16 S. DIN A5-Heft) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Haiti, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Gesundheitsverständnis.

**medico-Position**



**Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung**

(24 S.) Positionspapier von Pro Asyl und medico international zu Ursachen von Migration und Flucht, Kritik an der EU-Migrationspolitik sowie Forderungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.



**WHY? – Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas (Plakat, DIN A1)**

Das Plakat WHY? können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unverseht bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen.

Spendenstichwort: Migration.

**medico-report**



**medico-report 27  
Patienten, Patente und Profite  
Globale Gesundheit und geistiges Eigentum**

(152 S.) Internationale Experten hinterfragen das bestehende weltweite Patentsystem und präsentieren innovative Ideen für eine alternative Medikamentenpolitik, die den Zugang zu

einer elementaren Versorgung sichert. 12 €.

**Ich bestelle:**

- Jahresbericht 2009
- Broschüre: stiftung medico international
- medico-Kurzvorstellung
- Zeitung: Die Saat des Krieges
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Sri Lanka
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Afghanistan
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Simbabwe
- medico rundschreiben 02 | 10
- medico rundschreiben 03 | 10
- medico-Stichwort: Haiti
- Broschüre: Migration und Flüchtlingsschutz
- DIN A1-Plakat: WHY?
- medico-report 27 – 12 €

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Meine Spendernummer: \_\_\_\_\_

**Ich möchte:**

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versand) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte senden an:

medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:  
(069) 43 60 02



## Spendeninformation

### Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

### Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

### Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

### Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

### Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

### stiftung medico international:

Wenn Sie darüber nachdenken, statt einer Spende, die unmittelbar in die Projektförderung fließt, eine Einlage deren Wirkung auf Dauer angelegt ist, in die stiftung medico international machen zu wollen, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen. Sie können sich auch direkt an Frau Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 9443 8 - 28 oder E-Mail: [kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)

---

## impresum

---



Herausgeber:  
medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0  
Fax (069) 43 60 02

Spendenkonto: 1800  
Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01

E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Internet: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp

Korrekturat: Marek Arlt  
Gestaltung: Andrea Schuldt

**Hinweis:** Das medico-rundschreiben ist auf Reprint-Papier gedruckt, das zu 80% aus Recyclingpapier und zu 20% aus Primärfaser aus nachhaltiger Forstwirtschaft besteht.



**Ihr kriegt  
uns  
nicht los.  
Wir euch  
schon.**

**VATER**

**D ZEIGT SE**

„Papst Gregor der Große hat im siebten Jahrhundert gesagt, was Motto für den heutigen Abend und für die folgenden Monate ist: Die Vernunft kann sich mit größerer Wucht dem Bösen entgegenstellen, wenn der Zorn ihr dienstbar zur Hand geht. Der Zorn, um den es hier geht, ist nicht blinde Wut, die als unbeherrschte kleine Schwester des Zorns durchgeht. Es ist ein beseelter Zorn, den wir hegen und pflegen sollten.“

Georg Schramm, Kuratoriumsmitglied der stiftung medico international, auf der 50. Montagsdemo gegen Stuttgart 21 am 25.10.2010.

## Stoppauschale.de

medico unterstützt das Bündnis für ein gerechtes Gesundheitswesen

Die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit ist eine globale Angelegenheit; das Engagement dafür aber lokal. Was in Deutschland gerade passiert, ist eine Einschränkung dieses Rechts, vollzogen in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit. Mit Kopfpauschale, einer schleichenden Privatisierung des Gesundheitswesens und dem Siegeszug der Pharmedia ist die weitere Entsolidarisierung der sozialen Sicherung eingeleitet: Da stürzt gerade ein Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland. Gemeinsam mit vielen anderen Initiativen und Organisationen unterstützt medico international deshalb die vom Deutschen Gewerkschaftsbund ins Leben gerufene Kampagne „Aktionsbündnis Köpfe gegen Kopfpauschale“. Zur Zeit läuft eine Unterschriftenaktion „Petition gegen die Kopfpauschale“, die bereits 120.000 Menschen unterschrieben haben. Das Petitionsverfahren ist noch nicht abgeschlossen, Unterschriften können noch helfen, den Bundestag in Bewegung zu setzen. Alle Informationen zur Petition unter: [www.stoppauschale.de/e-petition](http://www.stoppauschale.de/e-petition).

